

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Rl., monatlich 5,39 Rl. Unter Streifband in Polen monatlich 3 Rl., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr. — Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Zeile 100 Groschen. Danzig 10 bz. 70 D. P. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100 %. Aufschlag. — Bei Blattdrucken und sonstigen Anzeigen 50 %. Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 10.

Bromberg, Dienstag den 14. Januar 1930.

34. Jahrg.

Die Passfrage.

Unter den Spezialfragen, mit denen sich in den letzten Tagen die Budgetkommission des Sejm beschäftigt, befand sich auch die leidige Passfrage, die noch immer einer zeitgemäßen Erledigung harret. Wie wir bereits kurz mitteilen konnten, hat sich der Referent für das Budget des Innenministeriums, der Abgeordnete Putek vom Wyszynski-Klub in der Freitagssitzung der Budgetkommission in der Frage der Passgebühr ungefähr auf den Standpunkt des bekannten Antrags des Deutschen Sejmklubs gestellt, der für einen zweijährigen, zur mehrmaligen Überschreitung der Grenze berechtigenden Pass eine Gebühr von 10 Schweizer Frank = 17 Zloty, in Aussicht nimmt. Herr Putek will von der Normierung der Passgebühr auf der Basis einer ausländischen Valuta absehen und schlägt deshalb eine Gebühr von 20 Zloty vor. Der ganze Unterschied beträgt also drei polnische Gulden.

Bei der Weiterberatung am Sonnabend erklärte der Vertreter des BB-Klubs, daß auch seine Partei eine Herabsetzung der Passgebühr wünsche, allerdings nicht in so beträchtlichem Maße. Nach der „Wielka Smieś. Zeitg.“ will der BB-Klub die Gebühr auf 50 Zloty herabsetzen und die ermäßigten Pässe von 25 Zloty beibehalten — was bedeuten würde, daß der ganze bisherige kostspielige Apparat beibehalten werden müßte.

Die hohe polnische Passgebühr ist in der ganzen Welt eine Anomalie. Es gibt kein Land in der Welt, wo es Passgebühren gäbe, die auch nur annähernd an unsere polnischen heranreichen; namentlich der Westen Europas, der Polen in anderen Fragen immer als Muster vorführt, hat sich nach dem Kriege beeilt, die Hindernisse des internationalen Verkehrs durch Herabsetzung und Modernisierung der Passgebühren abzubauen. Auch bei uns müßte man sich sagen, daß die Aufrechterhaltung einer Passgebühr von 20 Zloty auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist, weil daraus der heimischen Volkswirtschaft sowohl wie auch der heimischen Kultur schwere Schäden erwachsen müßten. Ein Volk, das sich von dem geistigen und wirtschaftlichen Leben der Außenwelt durch eine chinesische Mauer abschließt, muß wirtschaftlich und kulturell ins Hintertreffen geraten. Das drastischste geschichtliche Beispiel dafür bietet das chinesische Kaiserreich, das zwar in seiner gewaltigen Mauer ein Weltwunder geschaffen hat, das aber gerade durch dieses Wunderwerk und seine darauf basierende Abwehrpolitik in seiner Fortentwicklung derart behindert wurde, daß es zu Beginn der neuen Zeit um ein Jahrtausend hinter den anderen Kulturvölkern zurückstand. Wenn man aber bei uns in Polen sich klar darüber ist, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist, so sollte man soviel Entschlußkraft aufbringen, um mit Rudimenten einer mittelalterlichen Politik endlich und mit einem Male Schluss zu machen.

Man konnte mit Recht darauf gespannt sein, welche Stellung die neue Regierung in der für die Entwicklung des polnischen Staates so wichtigen Frage einnehmen würde. Leider ist die Öffentlichkeit bisher arg enttäuscht worden, denn der neue Innenminister Józefski hat sich in seiner Sonnabendrede in der fraglichen Kommission auf die Erklärung beschränkt, daß zwar in seinem Ministerium die Tendenz bestehe, die Passgebühren zu ermäßigen, daß aber an dieser Frage auch das Finanzministerium interessiert sei. Das ist eine wenig tröstliche Auskunft. Nach dem Gesetz vom 17. Juli 1924, das noch heute für die Gestaltung der Passgebühr maßgebend ist, hat allerdings der Finanzminister im Einverständnis mit dem Innenminister die Passgebühr festzusetzen.

Der Finanzminister hat in dem Ringen dieser beiden Stellen bisher leider stets das Feld behauptet. Das heißt: bis zum Frühjahr vorigen Jahres. Als zu diesem Zeitpunkt der deutsche Initiativgesetzentwurf auf der Bildfläche erschien — Herr Gzechowicz war soeben verabschiedet und durch Herrn Matuzewski ersetzt worden —, erklärte der Vertreter des Finanzministeriums Klipp und klar im Sejm, daß die Regierung mit einer Herabsetzung der Passgebühr einverstanden sei, das Finanzministerium wolle aber noch durch Rücksprache mit Partei- und Wirtschaftsvvertretern einige Einzelheiten klären. Diese amtliche Erklärung, die den Sejm veranlaßte, von einer formellen Annahme des deutschen Entwurfs abzusehen, scheint im Finanzministerium völlig in Vergessenheit geraten zu sein; denn in dem neuen Staatsvoranschlag für 1930/31 ist das Einkommen aus den Passgebühren ungefähr wie bisher, d. h. mit rund 5½ Millionen Zloty ausgeworfen. Man ist also über die im letzten Frühjahr im Sejm zutage getretene Tendenz auf Herabsetzung der Passgebühr zur Tagesordnung übergegangen.

Am nächsten Mittwoch soll über die in der Kommission gestellten Anträge, also wohl auch über den Antrag Putek in der Passfrage, abgestimmt werden. Man wird abzuwarten haben, ob das Finanzministerium sich vorher noch dazu äußern wird, und wie die Kommission sich in dieser, größte Beachtung beanspruchenden Frage entscheiden wird. Der Sejm hat im letzten Frühjahr und auch jetzt wieder klar und deutlich zu erkennen gegeben, daß er eine Herabsetzung der Gebühr will. Ministerpräsident Bartel ist zur Regierung berufen worden, um von neuem mit der Volksvertretung Fühlung zu suchen; hier bietet sich ihm Gelegenheit, in einer Frage, bei der prinzipielle Grundsätze nicht

aufeinander zu stoßen brauchen, mit der Volksvertretung Hand in Hand zu gehen. Wir hoffen, daß er diese Gelegenheit benutzen wird.

Zum Schluß möchten wir noch die Berechnung des Berichterstatters Putek, der bei Annahme seines Antrages (20 Zloty für einen zweijährigen Pass) ein Defizit von rund 4½ Millionen gegen den Regierungsvoranschlag herausrechnet, dahin berichtigen, daß bei einer einheitlichen Verminderung der Passgebühr höchstwahrscheinlich überhaupt kein Defizit herauskommt, weil dann reichlich das Zehnfache an Auslandspässen gekauft werden dürfte. Außerdem lassen sich ungezählte Beamte sparen, wenn man das Verfahren zum Erhalt eines Passes modernisiert und vereinfacht.

Pressefreiheit und „preussische Knechtschaft“.

Warschau, 13. Januar. Im Laufe der Aussprache über das Projekt der Novelle zum Gesetz über den „Dziennik Ustaw“, wobei es sich in erster Linie um die Aufhebung des Pressedekrets handelt, ergriff auch der bekannte deutschfeindliche Abgeordnete Wojciech Trzampczyński (Nationaler Klub) das Wort, der folgende Erklärung abgab:

„Trotzdem die Frage klar und das Dekret geändert worden ist, wird die Bekanntgabe des das Pressedekret aufhebenden Beschlusses drei Jahre in die Länge gezogen. Auf Grund dieses ungünstigen Dekrets spazieren Tausende von Leuten in das Gefängnis, und man konstatiert Zehntausende von Zeitungen. Wenn heute der Justizminister mit Nahrung des Herrn Car gedenkt, so wünsche ich Polen, daß es niemals mehr einen zweiten solchen Justizminister bekäme.“

Die Vera Car und Skladkowski hat uns mit einem Federstrich alles genommen, um was die Menschheit seit 150 Jahren gekämpft hat: die Pressefreiheit. Jeder aufrichtige Mensch ist beleidigt, man er leere Stellen in den Zeitungen sieht. Weifall. Auf den Bänken des Regierungsklubs Lärm. Abg. Polakiewicz vom Regierungsklub: und Ihr klatscht ihm Bravo? Stimme auf der Linken: Ja; denn er hat Recht! Sehen Sie denn nicht, meine Herren, welches Unrecht man dem polnischen Volke angetan hat? (Stimmen: So ist es!) Die Minister Car und Skladkowski haben uns zu der Schande gebracht, daß im ehemals preussischen Teilgebiet die Zeiten der „preussischen Knechtschaft“ heute als Zeiten der Pressefreiheit gelten! (Stürmischer Beifall. Lärm auf den Bänken des Regierungsklubs.) Abg. Polakiewicz: Das ist Verleumdung!

Neue Wahlordnung zum Schlesischen Sejm.

Kattowitz, 9. Januar. Die neue Wahlordnung zum Schlesischen Sejm, die in diesen Tagen vom Präsidenten der Republik unterzeichnet und im „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht werden soll, sieht, wie bisher, 48 Abgeordnete und folgende drei Wahlbezirke vor:

1. die Kreise Teschen, Bielsk, Pleß und Rybnik wählen 18 Abgeordnete,
2. die Stadt Kattowitz und eine Reihe von Gemeinden im Landkreis Kattowitz haben 15 Abgeordnete zu wählen und
3. Königshütte sowie die Kreise Schwientochlowitz, Tarnowitz und Lublitz wählen 15 Abgeordnete.

Das Wahlrecht haben sämtliche männliche und weibliche Personen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Die Abstimmung ist geheim und proportional, ebenso wie bei der Wahl zum Warschauer Sejm. Die wichtigste Änderung der Wahlordnung zum Schlesischen Sejm betrifft das Wahlrecht.

Nach der alten Wahlordnung besaßen das Wahlrecht zum Schlesischen Sejm nur diejenigen polnischen Staatsangehörigen, die auf dem Gebiet Oberschlesiens vor dem 1. September 1922 gewohnt haben. Alle polnischen Staatsangehörigen, die sich dort nach diesem Termin angesiedelt hatten, waren von dem Wahlrecht zum Schlesischen Sejm ausgeschlossen. Die neue Wahlordnung zum Schlesischen Sejm sieht vor, daß das Stimmrecht alle schlesischen Bürger haben, die am Tage der Ausschreibung der Wahlen durch den Präsidenten der Republik ihren ständigen Wohnsitz auf dem Gebiete der schlesischen Wojewodschaft hatten. Auf diese Weise haben das Wahlrecht zum Schlesischen Sejm auch diejenigen Bürger, die sich, aus anderen Teilgebieten Polens kommend, nach dem 1. September 1922 ständig in Oberschlesien angesiedelt haben. Die Zahl dieser Bürger geht in die Tausende.

Austakt in Genf.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 13. Januar. (P.M.) Die meisten Delegationen für die Session des Völkerbunds, die unter dem Vorherrschaft des polnischen Außenministers Jaleski am heutigen Montag beginnt, sind bereits gestern hier eingetroffen, darunter auch der italienische Außenminister Grandi. Seine Ankunft hat ein großes Interesse hervorgerufen, da am Tisch des Völkerbunds zum ersten Mal ein Außenminister Italiens Platz nehmen wird. Bisher war Italien von Scialoja vertreten. Reichsaussenminister

Curtius wird, da die zweite Haager Konferenz noch nicht zum Abschluß gekommen ist, und ihn zum Verbleiben im Haag zwingt, nicht nach Genf kommen. Er wird durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert vertreten werden. Heute begibt sich im Flugzeug auch der schlesische Wojewode Dr. Grażyński nach Genf, um an den Verhandlungen über die Auslegung einiger Paragraphen der Genfer Konvention teilzunehmen.

Die heutige Sitzung des Völkerbunds wird der polnische Außenminister Jaleski eröffnen, der zunächst dem vor einigen Monaten verstorbenen Reichsaussenminister Stresemann einen Nachruf widmen wird. Am 16. Januar, dem zehnten Jahrestage des Bestehens des Völkerbunds, wird Herr Jaleski eine große Rede halten. Heute trifft auch der polnische Gesandte in Berlin, Knohl, in Genf ein. Am Dienstag wird Minister Jaleski für die Ratsmitglieder ein Dinner geben. Der britische Außenminister Henderson wird sich nur zwei Tage lang in Genf aufhalten.

Wie der Berliner Korrespondent des „Nustrowan Kurjer Godyenn“ aus dortigen diplomatischen Kreisen erfährt, soll man sich in der Konferenz, die zwischen Minister Jaleski in Anwesenheit des polnischen Gesandten Knohl und der deutschen Delegation in Genf stattfinden wird, mit dem Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere mit der Frage des Wirtschaftsabkommens und dem bereits parafierten Ausgleichsabkommen beschäftigen. Der deutsche Vertreter soll, wie der Korrespondent betont, eine Revision bzw. Ergänzung des Liquidationsabkommens fordern. Diese plötzliche Änderung des deutschen Standpunktes in dieser Frage soll eine Folge des Ergebnisses der Aussprache sein, die in der Außenkommission des Reichstages stattgefunden hat, und in der sich die Vertreter sämtlicher deutschen Parteien gegen den Text des vom Gesandten Rander parafierten Abkommens ausgesprochen hatten.

Der „Nustrowan Kurjer Godyenn“ glaubt einen Zusammenhang zwischen dieser Änderung des deutschen Standpunktes in der Frage des Liquidationsabkommens und dem in der letzten Zeit eingetretenen schleppenden Gang der Verhandlungen um das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen herauszufinden. Das ganze Wirtschaftsabkommen, so schreibt das Blatt, sei fertig. Doch die deutsche Seite wolle es nicht unterzeichnen, sondern zuvor eine Revision des Ausgleichsabkommens „erpressen“. Minister Jaleski, der die Stimmung der polnischen Volksgemeinschaft genau kennt, werde sich in dieser Frage weder von deutscher Seite, noch von Überredungskünsten von irgend einer Seite auch befreunden lassen einschütern lassen.

Kritische Tage im Haag.

Curtius fährt nicht nach Genf. — Snowden wird ungemütlich.

Die Konferenzlage hat sich am Sonnabend erneut in bedrohlicher Weise zugespitzt. Unter diesen Umständen verzichtete Reichsaussenminister Dr. Curtius auf die Fahrt nach Genf.

An seiner Stelle ist Staatssekretär von Schubert abgereist, dem die Aufgabe zufällt, Deutschland im Rat zu vertreten und außerdem, unterstützt von dem deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Kauscher, die Verhandlungen mit dem polnischen Außenminister Jaleski einzuleiten.

Nach den Einzelbesprechungen der Delegationsführer Curtius - Gardien und der Finanzminister Molendhauer - Chéron, die bereits am frühen Morgen stattfanden, begann die Sitzung der Hauptdelegierten der sechs einladenden Mächte, von der Snowden wollte, daß in ihr alle Streitpunkte durchgepeitscht und ohne Rücksicht auf die Dauer der Sitzung geklärt werden sollten. Man hatte sich darauf gefaßt gemacht, daß sie bis in den Nachmittag hinein dauern würde. Es war daher schon rein äußerlich ein Zeichen für die Zuspitzung der Lage, daß die Delegierten bereits um 12 Uhr den Sitzungssaal verließen.

Der Abbruch der Verhandlungen war offenbar ziemlich brüsk erfolgt.

Besonders Snowden machte zahlreiche Schwierigkeiten und forderte mit der Uhr in der Hand schnelle Entschlüsse. Der Sonderberichterstatter des Pariser „Intransigeant“ schildert die zugespitzte Diskussion, die den deutschen Außenminister Dr. Curtius dazu bestimmt habe, in letzter Minute auf die seit Wochen in Aussicht genommene Reise nach Genf zu verzichten, wie folgt:

Der belgische Ministerpräsident Jaspar habe die Sitzung eröffnet mit der Frage, wie lange man noch im bisherigen Tempo fortzufahren und die Entscheidung zu verschleppen gedächte. Der französische Finanzminister Chéron habe darauf — offenbar in Durchführung eines im voraus abgekarteten Spieles — geantwortet, daß man seit Tagen auf der Stelle trete und daß daran ausschließlich die deutsche Delegation die Schuld trage, die seit Tagen sich um eine klare Antwort auf die zur Diskussion stehenden Fragen drücke und dadurch eine Klärung der Situation verhindere.

Als der deutsche Finanzminister Moldenbauer gegen diesen Vorwurf Verwahrung einlegte und in einer wegen ihrer Länge gefürchteten Rede die Haltung der deutschen Delegation zu rechtfertigen begonnen habe, habe ihn Snowden brüskl unterbrochen mit der scharfen Bemerkung, daß der Vorwurf nunmehr genug gewechselt seien, ohne daß man dadurch auch nur um einen Schritt vorwärts gekommen sei, und daß er, Snowden, keine Lust habe, seinen Aufenthalt im Haag ad infinitum zu verlängern. Wenn man als Bevollmächtigter eines großen Landes zu einer internationalen Konferenz komme, habe der englische Schatzkanzler weiterhin ausgeführt, müsse man auch den Mut haben, Entscheidungen zu treffen, während die deutsche Delegation sich bei jeder wichtigen Frage hinter dem Vorwand verschanze, daß sie diese oder jene Persönlichkeit konsultieren müsse.

Dr. Curtius, der über diese Bemerkung Snowdens in große Erregung geraten sei, habe daraufhin erklärt, daß er unter diesen Umständen nicht nach Genf fahren werde und bereit sei, die definitive Antwort auf die noch strittigen Fragen innerhalb von zwei Stunden schriftlich zu überreichen. Dieses Angebot wurde von den alliierten Delegationen mit großer Genugtuung begrüßt und dahin beantwortet, daß die Gläubiger sich ebenfalls innerhalb von zwei Stunden zu dem angekündigten deutschen Memorandum äußern würden.

„Es wäre verfrüht — so urteilt das „Berl. Tageblatt“ — der Konferenz einen sicheren Erfolg vorzusagen. Es wäre jedoch vollkommen unberechtigt, von der Gefahr eines Zusammenbruches zu sprechen. Denn schließlich hat man noch eine volle Woche Zeit, um sich zu einigen. Es kommt jetzt darauf an, daß die deutsche Delegation, die sich bisher in sachlicher wie in taktischer Hinsicht so gut geschlagen hat, auch in den Tagen der Hochspannung ruhig und zielbewußt bleibt. Ihre Position ist zwar schwierig, aber im Grunde doch nicht so ungünstig, wie man annehmen mag. Man darf unserer Ansicht nach weiter darauf hoffen, daß es gelingen wird, die Schwierigkeiten beizulegen und die Voraussetzungen für die Annahme des Young-Plans zu schaffen. Eines steht aber fest: der Ministerpräsident Briand, der auch heute noch irgendwie der Mann von Versailles ist, bedeutet für die deutsche Delegation einen wesentlich schwierigeren Verhandlungspartner, als es während der ersten Konferenz der Ministerpräsident Briand war. Daß Briand durch seine erfolgte Abreise nach Genf jetzt nicht einmal mehr als „zweiter Mann“ seinen Einfluß innerhalb der französischen Delegation unmittelbar geltend machen kann, und daß er vielleicht auch durch eine gewisse Verstimmung allmählich etwas passiver wurde, ist zweifellos zu bedauern. Diese Tatsache dürfte jedoch kaum entscheidend für den Verlauf der Konferenz sein. Denn schließlich handelt es sich nicht um Personen, sondern um Prinzipien und selbsttätig wirkende Entwicklungen. Sie arbeiten für Deutschland.“

Ein deutsches Memorandum.

Am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr begann im Konferenzgebäude die angekündigte Sitzung der sechs einladenden Mächte, der bereits eine etwa 1½stündige Besprechung der fünf Gläubigermächte vorausgegangen war. Die Sitzung hat die den Gläubigermächten im Laufe des Nachmittags verabredungsgemäß überreichte deutsche Formulierung, die sich auf die bisher noch offenen Punkte bezieht, zum Gegenstand. Diese schriftlichen Darlegungen der deutschen Delegation werden von der „Voss. Ztg.“ wie folgt charakterisiert:

an erster Stelle die Frage der Zahlungsstermine, danach die Regelung des Moratoriums und des Pfandrechts und schließlich die Regelung der Liquidationsverträge, die Anpassung des deutsch-amerikanischen Abkommens, das Eisenbahngesetz und das Sonderdepot der Deutschen Regierung bei der Internationalen Bank.

Gleichzeitig erfolgt eine Stellungnahme der deutschen Delegation zur Gesamtlage dieser Punkte. Sie faßt sämtliche Fragen als einheitlichen Komplex zusammen und ist nur bereit, in dem einen oder anderen Punkt nachzugeben, wenn damit gleichzeitig ihr Standpunkt in den anderen Fragen anerkannt wird. Nach ihrer Auffassung bilden die strittigen Finanzfragen eine Einheit.

In der Frage der Zahlungsstermine der deutschen Monatsraten ist die deutsche Delegation zu folgender Regelung bereit:

Die Zahlungen erfolgen monatlich, so wie es vor der Haager Konferenz teilweise angenommen, teilweise geregelt war; die 660 Millionen aus der Eisenbahn werden also zum Ultimo gezahlt, der Rest in Monatsraten zum Medio.

Aber auch dieser Vorschlag gilt nur für den Fall, daß der deutsche Standpunkt sich in den anderen Fragen durchsetzt. Seit heute nachmittags 3 Uhr sind die Vertreter der fünf Gläubigermächte versammelt, um dieses deutsche Angebot untereinander durchzusprechen. Seit 5 Uhr sind auch die deutschen Hauptdelegierten anwesend, und man darf annehmen, daß von dem Ausgang dieser Sitzung die Entscheidung über die Konferenz abhängen wird.

Die deutsche Delegation hat das äußerste Maß an Entgegenkommen gezeigt, zumal ja gerade die Frage der Zahlungsstermine so unklar war, daß materielle Nachteile, die uns hieraus resultieren, nicht etwa der Nachgiebigkeit der deutschen Delegation, sondern der Lückenhaftigkeit und Zweideutigkeit des Young-Planes zuzuschreiben sind.

Der Tardieu-Zwischenfall.

Wie er beigelegt wurde.

Als Frucht von Bemühungen, die den ganzen Tag über dauerten, erklärte sich die französische Seite endlich bereit, durch die Havas-Agentur folgende „Richtigstellung“ zu veröffentlichen:

„Bezüglich gewisser Äußerungen, die Herrn André Tardieu zugeschrieben werden und die er während der letzten Sitzung des Ausschusses für die deutschen Reparationen getan haben soll, wird von französischer Seite festgestellt:

In Wirklichkeit, und wie es überreichlich das Fehlen jeglichen Zwischenfalls innerhalb der Kommission selbst beweist, hat sich Herr Tardieu, als er die Bedingungen für das wechselseitige Vertrauen, welche die Haager Verhandlungen beherrschen, präzisierte, darauf beschränkt, seinen deutschen Kollegen die Nachteile einer zu ausführlichen Erörterung über Einzelfragen (1) auseinanderzusetzen. Er hat darauf hingewiesen, daß solche Erörterungen die Gefahr in sich bergen, die für einen Erfolg sehr notwendige Atmosphäre zu stören. Die deutschen Delegierten, deren persönlichen guten Willen und deren Ver-

handlungsaktivität Herr Tardieu unterstrich, indem er auf die Schwierigkeiten ihrer Aufgabe hinwies, haben übrigens, während sie ihre Stellung in der Sache aufrecht erhielten, keinerlei Einwendungen gegen die von dem französischen Ministerpräsidenten gebrauchte Ausdrucksweise erhoben. Die Diskussion hat überdies von Anfang bis zu Ende den Charakter voller Herzlichkeit getragen.“

Die deutsche Delegation erklärt sich nach der persönlichen Seite hin mit dieser Darstellung, die nicht das Gerücht bestreitet, sondern das ganze Havas-Communiqué eigentlich aufrechterhält und noch hinzufügt, die deutschen Delegierten hätten in der Sitzung gegen die dort gefallenen Äußerungen nicht protestiert, befriedigt. Es ist schwer — so meint die „D. N. Z.“ — mit ihr darüber zu rechten. Tardieu hat den Deutschen mitgeteilt: „Sie fordern, daß man Vertrauen zu Ihnen haben soll, und Sie scheinen kein Vertrauen zu sich selbst zu haben.“ Und an späterer Stelle: „Eine derartige Haltung führt uns dazu, an Ihrer allgemeinen Verhandlungsfähigkeit zu zweifeln.“ Nach der Erinnerung der Sitzungsteilnehmer ist diese Formulierung nicht gefallen. Im ersten Fall aber hat Tardieu von dem mangelnden Vertrauen auf die parlamentarische Durchsetzungsmöglichkeit gesprochen, worauf Curtius erwidert habe, diese Möglichkeit sei gegeben, wenn dem Reich keine neuen Belastungen zugemutet werden. Im zweiten Falle habe Herr Tardieu sein Erstaunen über die zögernde Taktik der Deutschen ausgedrückt, worauf Dr. Curtius erwidert habe, das Erstaunen sei auf seiner Seite. Die Alliierten suchten in den offenen Fragen lediglich ihre Interessen durchzusetzen und hätten einige Punkte neu präzisiert, die vermehrte Lasten und eine Abänderung des Young-Plans bedeuteten. Die deutsche Taktik entspringe dem Pflichtbewußtsein, daß die deutsche Delegation bis zum Letzten die Interessen ihres Volkes verteidigen müßte.

Clemenceau als deutscher Kronzeuge.

Selbst der „Tiger“ war gegen Sanktionen.

Clemenceau richtete nach wochenlangen Verhandlungen in der Sanktionsfrage unter dem 23. 12. 1919 eine Note an die deutsche Delegation, in der es u. a. heißt:

„... Was die Sicherungsmittel betrifft, von deren Anwendung die verbündeten Mächte hoffen absehen zu können, so möchten sie feststellen, daß die deutsche Regierung hinreichend davon unterrichtet ist, daß nach der endgültigen Wiederherstellung des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat, andererseits die im Verträge vorgesehenen besonderen Maßnahmen, sowie die völkerrechtlich anerkannten Verfahrensarten Anwendung finden werden.“

Freiherr von Versner, der damalige Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris, schreibt dazu:

„Der Verfasser hat den Alliierten, namentlich dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, dem französischen Botschafter Dutasta, und dem Minister Loucheur gegenüber ständig in deutlicher Weise betont, daß mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages — das heißt mit dem 10. Januar 1920 — ein Vormarsch in deutsches Gebiet völlig ausgeschlossen sei oder nur nach vorheriger neuer Kriegserklärung erfolgen könne. Hierüber waren sich alle beteiligten Unterhändler und Regierungen völlig einig. Die später erfolgten Ruhr- und anderen Besetzungen waren nichts anderes als der Bruch des Pariser Friedensvertrages.“

Heute sind die Zeiten des Einmarsches oder der Wiederbesetzung deutscher Gebiete vorüber. Aber heute würde es dem klaren Sinn aller Nachkriegs- und Locarno-Verträge ins Gesicht schlagen, wenn jetzt noch die Möglichkeit irgendwelcher anderer Sanktionen gegen uns vorbehalten bliebe. Vor einem Jahrzehnt war Hermann Müller, Frankfurter Minister des Auswärtigen und ausschlaggebend im Reichskabinett. Heute ist er Reichskanzler. Wir vertrauen darauf, daß er auch heute bei leichten politischen Verhältnissen fest bleibt. Das deutsche Volk protestiert in seiner Gesamtheit — hier sind fast alle Parteien ohne Unterschied einig — gegen eine Politik der Sanktionen. Ganz Deutschland und die überwiegende Mehrheit aller Völker hat die Sanktionspolitik satt und überst. Amerika hat in den neuesten deutsch-amerikanischen Reparationsabkommen ausdrücklich auf alle Sanktionen verzichtet und den Beweis erbracht, daß es in dieser Frage völlig zu uns steht.“

„Evangelisches Konfordat“ in Preußen.

4 Millionen Dotationen.

Wie das WDB-Bureau von unterrichteter Stelle erfährt, sind die Besprechungen der Preussischen Regierung über den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen so weit gediehen, daß über die meisten Punkte eine Einigung erreicht ist. Die Einzelheiten werden in der preussischen Kabinettsitzung am 21. Januar erörtert werden. Nach der Beschlußfassung durch das Staatsministerium werden dann die offiziellen Verhandlungen über die Vertragsaufhebung mit den Kircheninstanzen geführt.

Die Auffassung, als ob die Verhandlungen nunmehr so rasch vorwärtsgingen, daß sie bereits zur nächsten Sitzung der evangelischen Generalsynode in der ersten Hälfte des Februar abgeschlossen werden könnten, wird als zu optimistisch bezeichnet. Über die sogenannte politische Klausel innerhalb des neuen Kirchenvertrages konnte eine Verständigung erzielt werden. Es handelt sich dabei um die Mitwirkung des Staates bei Besetzung leitender Positionen in der Verwaltung der evangelischen Kirchen. Streitfragen waren, ob der Staat nur mitbestimmen solle bei der Ernennung des Präsidenten des Kirchenrats oder auch bei der seines Stellvertreters, ferner bei der Ernennung der Generalsuperintendenten und bei einem Teil der Superintendenten, etwa für die wichtigeren Bezirke, und schließlich bei der Ernennung des Präsidenten des Kirchenrats.

Vor allem spielte aber eine wesentliche Rolle die Frage der Erhöhung der Dotationen für die evangelischen Kirchen. Diese Dotationen stellen die finanzielle Staatshilfe für die Kirchen außerhalb der staatlichen Zuschüsse für die Pfarrerbefolgung dar. Bisher erhielt die evangelische Kirche an solchen Dotationen einen Betrag von etwas über zwei Millionen. Gegenüber ihren höheren Forderungen hatte der preussische Finanzminister zunächst nur geglaubt, eine Erhöhung um eine Million zuzugestehen zu können. Nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen soll das staatliche Angebot, gewissermaßen das letzte Wort des Finanz-

ministers in dieser Frage, dahingehen, den evangelischen Kirchen eine Erhöhung um etwa zwei auf etwa vier Millionen zuzugestehen.

Deutsches Reich.

Schaumburg-Lippes Anschluß an Preußen.

Der Schaumburg-Lippische Landtag in Bückeburg nahm kürzlich die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über den Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen vor. Preußen wünscht eine Entscheidung bis zum 15. Februar. Die Lage Schaumburg-Lippes sei, so erklärte Staatsrat Lorenz, wie auch die anderer Kleinstaaten, derart, daß der Standpunkt der Regierungen in der Anschlußfrage nach wie vor voll aufrechterhalten werden müsse.

Der Entwurf des Staatsvertrages sieht vor, daß Schaumburg-Lippe mit dem 1. April 1921 als Landkreis in dem preussischen Staatsgebiet aufgeht. Das Staatsvermögen fällt an Preußen, das Vermögen der beiden Schaumburg-Lippischen Kreise Bückeburg und Stadthagen an den neuen preussischen Kreis Schaumburg-Lippe. Die Schaumburg-Lippischen Beamten werden vom preussischen Staat mit allen Rechten und Pflichten übernommen.

Der Gesetzesentwurf wurde einem aus allen Landtagsparteien bestehenden Sonderausschuß überwiesen.

Karl Michael von Mecklenburg-Strelitz kommt nach Deutschland.

Der frühere russische Artilleriegeneral und Generaladjutant des Zaren, Herzog Karl Michael von Mecklenburg-Strelitz, der sich seit 1919 ständig in Kopenhagen aufhielt, verläßt am Dienstag Kopenhagen, um sich nach seinem Schloß Remplin in Mecklenburg zu begeben, wo er ständig Aufenthalt zu nehmen gedenkt. Karl Michael ist dadurch in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß er als deutscher Prinz, während sein Vaterland gegen Rußland kämpfte, am 7. August 1914 die russische Staatsangehörigkeit erwarb. Nach dem tragischen Tode des letzten Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, Adolf Friedrich VI., folgte ihm nicht Karl Michael als letzter Prinz seines Hauses, sondern die Regierung wurde vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin übernommen.

Zwei Oberpräsidenten treten zurück.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Dr. Rudolf Schwaner, hat dem Staatsministerium sein Abschiedsgesuch eingereicht und um die Entlassung aus dem Staatsdienst zum 1. April gebeten. Zugleich hat Dr. Schwaner zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub angetreten. Dr. Schwaner war der letzte kaiserliche Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Wie die reichsdeutsche Presse meldet, wird — gleichfalls am 1. April — der Oberpräsident der Provinz Pommern, Lippmann, mit Rücksicht auf sein Alter und seine angegriffene Gesundheit seinen Posten verlassen.

Über die Nachfolge-Frage ist in beiden Fällen nichts bekannt geworden.

Aus anderen Ländern.

Landflucht sogar in Argentinien.

Daß man auch in dem landreichen und verhältnismäßig dünn besiedelten Argentinien das Problem der Landflucht kennt, wird dem Leser eine große Überraschung sein. Und doch macht die Abwanderung in die Städte auch der argentinischen Landwirtschaft Sorge. Für Argentinien liegt, wie die bedeutende landwirtschaftliche Zeitschrift „La Tierra“ feststellt, das Problem sogar besonders schwierig. Der Zug in die Stadt, zu ihrem Vergnügungsleben und ihren mancherlei Abwechslungen hat die Landjugend so stark gepackt, daß mancherorts eine sehr große Arbeiterknappheit herrscht. Nicht wenige Landwirtschaftsbetriebe müssen von der intensiven Bodenbearbeitung zu extensiven Wirtschaftsweise übergehen. Und damit nicht genug: auch die landwirtschaftliche Anbaufläche kann in diesem ausgesprochenen Koloniallande nicht mehr behauptet werden; sie ist im letzten Jahre, im Vergleich zum Vorjahre, um ca. 750 000 Hektar zurückgegangen. Dabei bieten die Städte mit ihrer noch gering entwickelten Industrie gar nicht genug industrielle Arbeitsmöglichkeiten für die vom Lande hereinströmenden Menschen, so daß gleichzeitig ein ernstes Arbeitslosenproblem entsteht.

Rußland verlangt Auslieferung Diesedowskis.

Paris, 11. Januar. (WDB) Nach einer Agenturmeldung aus Moskau hat der Rat der Volkskommissare einen Beschluß gefaßt, wonach der vorgestern zu 10 Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Sowjetgeschäftsträger in Paris Diesedowski nicht als politischer Flüchtling angesehen werden könne. Deshalb werde die Sowjetregierung die unverzügliche Auslieferung Diesedowskis bei der französischen Regierung beantragen.

Rücktritt des portugiesischen Kabinetts.

Lissabon, 11. Januar. (WDB) Der Präsident der Republik hat die Gesamtemission des Kabinetts angenommen. In einer offiziellen Mitteilung wird erklärt, daß sich zwischen dem Finanzminister und dem Justizminister auf der einen und dem Ministerpräsidenten auf der anderen Seite Meinungsverschiedenheiten herausgebildet hätten, worauf der Ministerpräsident, um die Lösung der Regierungskrise zu erleichtern, die Gesamtemission des Kabinetts unterbreitet habe.

Fürst Trubezkoi.

Einen Vorschlag erlag der ehemalige kaiserliche russische Botschafter in Belgrad, Fürst Gregor Trubezkoi. Der Verstorbenen war ein Vorkämpfer der verhängnisvollen Slawenpolitik Sazonows und verfaßte während des Krieges das Manifest des Oberbefehlshabers Nikolaj Nikolajewitsch an die Polen.

Aleine Rundschau.

* Flug Paris-Brüssel in 55 Minuten. Paris, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Dem französischen Flieger Detryn gelang es am Sonntag, die Strecke Paris-Brüssel in 55 Minuten zurückzulegen, was einer Stundengeschwindigkeit von 300 Kilometern gleichkommt. Detryn war um 11.13 Uhr von Le Bourget abgeflogen und landete 12.08 in Brüssel.

Bromberg, Dienstag den 14. Januar 1930.

Pommerellen.

18. Januar.

Graudenz (Grudziadz).

Das Meistertexamen bestanden haben vor der staatlichen Prüfungskommission folgende Personen aus Graudenz: Im Uhrmachergewerbe: J. Breitermann; im Schuhmachergewerbe: Julian Konkel und Piotr Soltns; im Schlossergewerbe: Jan Wacławski; im Tischlergewerbe: Gustav Meyer; im Stellmachergewerbe: Bronisław Sznaider aus Melno (Melno), Kr. Graudenz.

Der Sonnabend-Wochenmarkt wies wieder gute Zufuhr auf. Es wurde auch flott gekauft, immerhin aber blieb in manchen Artikeln Überstand. Für Butter wurde 2,30 bis 2,50, Eier 3,50—3,80, Glumse 0,20—0,70 gezahlt. Der Geflügelmarkt brachte Gänse mit 1,50—1,70 das Pfund, Enten mit 6,00—8,25, alte Hühner mit 4,00—5,50, Puten mit 8,00 bis 15,00 das Stück, Tauben mit 2,00—2,20 das Paar. Auf dem Gemüsemarkt kosteten Äpfel 0,60—1,00, Rosenkohl 0,40 bis 0,60, Weißkohl 0,10, Rotkohl 0,20, Grünkohl 0,15, Mohrrüben 0,10, Bruden 0,10, rote Rüben 0,10—0,25, Zwiebeln 0,20—0,25. Kartoffeln der Zentner 4,00. Die Fischpreise gestalteten sich wie folgt: Schleie 3,50, Karpfen 3,00, Hechte 2,80, Bressen 2,00, Barsche 1,80, Karauschen 1,50, Plöke 0,70 bis 1,00, Maränen 0,60, Serringe 0,65, Stinte 3 Pfund 1,00.

Zu dem Raubüberfall in Dragasz wird mitgeteilt, daß die Kriminalpolizei einige weitere Verhaftungen von Personen, die für die Täterschaft in Betracht kommen können, vorgenommen hat. Man darf hoffen, daß die ruchlosen Täter ihrer Bestrafung nicht entgehen werden.

Thorn (Toruń).

Die Kommission für die Registrierung mechanischer Fahrzeuge und Prüfung von Chauffeuren antwortet am Mittwoch, 15. Januar, und Sonnabend, 25. Januar, in Thorn.

Statistisches. Im Jahre 1929 wurden von dem Bezirksgericht in Thorn 22 Ehen rechtskräftig geschieden, und zwar im Januar 3, im März 7, im April 5, im Juni 3, im Oktober 1, im November 2 und im Dezember 1.

Hinter verschlossenen Türen. Am 9. d. M. fand vor dem Bezirksgericht in Thorn die Verhandlung gegen die Restaurateurin Maria Deszyńska, die wegen Verleitung zur Unzucht angeklagt war, auf Antrag des Staatsanwalts unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagte, die im Jahre 1928 Inhaberin einer Restauration in der Seglerstraße (Seglarzka) war, hatte ihren am Büfett beschäftigten Mädchen befohlen, mit den Gästen zu trinken, und sie zur Unzucht verleitet. Nach erfolgter Zeugenvernehmung verurteilte das Gericht die Angeklagte zu 14 Tagen Gefängnis.

Diebstahl. Der 14jährige Franciszek Polakiewicz, wohnhaft Copernicusstraße 9, meldete der Polizei, daß ihm am Freitag ein Gelbbetrag von 176,80 Zloty, den er für die Firma Kaczynski von der Post abgeholt hatte, auf unerklärliche Weise aus der Rocktasche gestohlen wurde. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Der Polizeibericht verzeichnet die Festnahme einer Person wegen Landstreicherei und von zwei Personen wegen Trunkenheit und Ausschreitung.

Schwek (Swiecie), 11. Januar. Der Verkehr auf dem heutigen Sonnabend-Wochenmarkt war recht lebhaft. Die Zufuhr von Butter war sehr reichlich, der Preis abermals gesunken. Man verlangte anfangs 2,20—2,30, abermals 2,00 pro Pfund. Auch Eier waren genügend vorhanden und wurden mit 3,50—3,70 pro Mandel verkauft. Ferner kostete: Glumse 0,40—0,50, Züsterfäse 2—2,40, Pflaumen 1,00, Honig 3,00, weiße Bohnen, Kohlrüben 0,35, Zwiebeln 0,30—0,40, rote Rüben 0,15, Mohrrüben 0,10, Bruten 0,15, Rotkohl 0,30, Weißkohl 0,20, Grünkohl 0,40, Rosenkohl 0,50 pro Pfund. Der Obstmarkt war sehr gering besetzt, es waren Äpfel das Pfund zu 0,50—0,70, Äpfel für 0,60—0,70, Zitronen für 0,25—0,30 pro Stück zu haben. Der Geflügelmarkt lieferte geschlachtete Enten zu 5—7,00, Gänse zu 14—16,00, Suppenhühner zu 5—6,50, junge Hühner zu 3—4,00 pro Stück, junge Tauben zu 1,80—2,20 pro Paar. Auf dem Fleischmarkt notierte man folgende Preise: Schweinefleisch 1,80—2, Rindfleisch 1,50—1,70, Kalbfleisch 1,40—1,50, Hammelfleisch 1,30—1,50, Rinderpfe 2,60 pro Pfund. Der heutige Schweinemarkt war schwächer als sonst beliefert. Es wurden für kleine Abnehmer 90—95 Zloty, für etwas ältere 100—120 Zloty verlangt. Eine Einpännerfuhrer Spaltholz wurde mit 14 Zloty abgegeben.

Aus dem Kreise Schwek (Swiecie), 11. Januar. Ein Rinderdiebstahl wurde vor einigen Tagen in Schwekatowo (Swiekatowo) verübt, bei dem eine Kollektionsbüchse von einem der Märe das Beuteobjekt bildete. Jetzt ist die Büchse, erbrochen und ihres Inhalts an Spenden reich, in der Nähe des Gotteshauses gefunden worden. Eine Treibjagd fand vor einigen Tagen in Liebesfelde (Lubania Lipina) statt, bei der 20 Hasen erlegt wurden. Leider ereignete sich dabei infolge eines Unfalls, als einem der Schützen ein Schrotkorn in die Stirn traf und eine kleine Verletzung verursachte.

Gorzno (Gorzno), 10. Januar. Die staatliche Oberförsterei Ruda veranstaltet am 14. und 28. d. M. Holzversteigerungen im Hotel Warm in Gorzno. Verkauft wird Kiefern- und Brennholz gegen sofortige Bezahlung für den lokalen Bedarf.

Zempelburg (Sepolno), 11. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt notierte man folgende Preise: Butter anfangs 2,50, späterhin 2,00, Eier 3,50 pro Mandel. Der Gemüsemarkt brachte: Grünkohl zu 0,20—0,40, Rosenkohl 0,60 (Pfund), Rotkohl 0,30—0,40, Weißkohl 0,20, Sellerie 0,40—0,60, rote Rüben 0,20, Zwiebeln 0,20, Zitronen 0,25 bis 0,30, Äpfel 0,80—1, Speisewursten 0,20—0,30, Suppenfische zu 0,50—0,60, Hechte 1,60, grüne Serringe 0,70, Salzheringe acht Stück 1,00, Bücklinge 0,25, Sprossen (frisch) 0,50, geräuchert 1,20. An Geflügel gab es: Enten zu 8—9,00, Mastgänse 1,60—1,70 pro Pfund, Puten 9—11,00, Hühner

3,50. Kartoffeln wurden mit 3,50 pro Zentner angeboten. Schweinefleisch brachte 1,70, Rindfleisch 1,30—1,50, Hammelfleisch 1,30, Kalbfleisch 1,20, Speck 2,10, Rinderpfe 2,60. Die Zufuhr auf dem Schweinemarkt ließ diesmal zu wünschen übrig; man verlangte 110—115 für jüngere Abnehmer und bis 125 Zloty pro Paar für ältere Tiere. Der Umsatz war gering. Als ein neu gemieteter Knecht des Besitzers Pech hier kürzlich seine Stelle angetreten hatte und nach kaum einer Stunde auf dem Gehöft seinen mitgebrachten Handkoffer mit seinen Sachen im Stalle zurückließ, um seine Abendmahlzeit in der Küche einzunehmen, mußte er die Entdeckung machen, daß ihm aus dem zurückgelassenen Koffer seine sämtlichen Kleidungsstücke von einem unbekannten Diebe gestohlen worden waren. Die polizeilichen Ermittlungen haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt.

ch Konitz (Chojnice), 10. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden folgende Preise notiert: Butter 2,60—2,80, Eier 3,20—3,40, Zwiebeln 0,30, Weißkohl 0,50, Rotkohl 0,40, Wirfingohl 0,30, Rosenkohl 0,40, Blumenkohl 0,50—1,50 pro Kopf, Mohrrüben 0,30, rote Rüben 0,30, Bruten 0,20—0,40, Äpfel 0,40—0,80, Äpfel 2,70, Forellen 2,50, Schleie 1,70—2,00, Hechte 1,70—2,20, Karauschen 0,70—1,00, Barsche 1,00—1,40, grüne Serringe 0,70, Maränen 1,50, Maifisch 1,50, Plöke 0,90—1,20 das Pfund, Salzheringe 7—10 Stück 1,00; Gänse 1,80—1,90, Enten 1,90—2,00 das Pfund, Hühner 5—6,00, Puten 12—14,00, Tauben 1,30, Kaninchen 3,00 pro Stück, Rindfleisch 1,40—1,60, Schweinefleisch 1,50—2,00, Kalbfleisch 1,20—1,40, Hammelfleisch 1,40, Kartoffeln 4,50. Ein unfreiwilliges Bad mußte in dem hiesigen Mühlensee eine Dame nehmen, die beim Eislaufen auf eine mürbe Eisschicht geraten war. Sie wurde rechtzeitig aus ihrer unangenehmen Lage befreit. Eine ehrenvolle Anerkennung wurde dem Fleischergehilfen Bernhard Marloch, zurzeit beim Militär, Sohn des Gastwirts Marloch-Mladan, zuteil. Der Woiwode von Pommerellen hat dem Genannten für treue Pflichterfüllung und großen Diensteifer während seiner Lehrzeit beim Fleischermeister Otto Kiering eine silberne Uhr im Werte von 125 Zl. und ein Ehren Diplom auskommen lassen, das in einer außerordentlichen Sitzung der Fleischerinnung feierlich überreicht wurde.

Neustadt (Wejherowo), 11. Januar. Der heutige Wochenmarkt brachte ausreichende Belieferung und ziemlich regen Verkehr. Besonders viel Butter wurde heute angeboten für den Preis von 1,80—2. Eier, die schon in größeren Mengen zu haben waren, kosteten 2,80—3,10. Suppenhühner brachten 4—6,00, Kartoffeln 4—5,00, Gänse 1,60—1,80 pro Pfund, Puten 1,80, Enten 2,00. Grüne Serringe wurden mit 0,40—0,60 angeboten, Pommeln mit 0,70. Auf dem Schweinemarkt waren nur Ferkel in den Preisen von 45—60 Zloty zu haben.

Neumark (Nowemiasz), 10. Januar. Essentielle Vergütung. Das staatliche Hochbauamt will die Tischlerarbeiten an dem Bau der Landwirtschaftlichen Mädchenschule in Malinowo, Kreis Soldau, vergeben. Offertanten sind im Bureau des staatlichen Hochbauamts in Nowemiasz, Rynek 7, gegen Zahlung von 3,00 Zl. erhältlich. Offerten müssen in geschlossenen und versiegelten Kuverts mit der Aufschrift „Oferta na prace przy budowie szkoły rolniczej żeńskiej w Malinowie“ spätestens bis zum 27. Januar d. J., mittags 12 Uhr, an obengenanntes Amt (Urząd Budownictwa Namiennego w Nowemiaszu nad Drwęcą) eingereicht werden. In diesem Termin findet die Öffnung der Offerten in evtl. Gegenwart der Bewerber statt. Den Bewerbungen ist eine Dittung der Kassa Skarbowa über eine in Höhe von 1500 Zloty in Bargeld oder Wertpapieren hinterlegte Bürgschaft beizufügen.

h. Straßburg (Probnica), 10. Januar. Am Freitag, 3. d. M., fand hier die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments statt. Der Vertreter des Bürgermeisters, Mechlun, verpflichtete die Stadtverordneten durch Sandhölzchen. Darauf schritt man zur Wahl des Präsidiums. Gewählt wurden mit Stimmenmehrheit Kaufmann Góncz zum Vorsitzenden, Gymnasialdirektor Dr. Malicki zum Stellvertreter, Bäckermeister Piuty zum Schriftführer und Kaufmann Wilczewski zum Stellvertreter. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Wahl von 5 Mitgliedern zum Kreistag. Eingereicht waren vier Kandidatenlisten, von denen eine für ungültig erklärt wurde. Aus der Wahl gingen hervor: Kontrolleur der Kreiskassenkasse Strehl, Kaufmann Wizan, Maurer Wilinski, Schuhmacher-

Pianos

empfehlen in hervorragender Ausführung, auch auf bequeme Ratenzahlung.

B. Sommerfeld, Bydgoszcz

ul. Śniadeckich 56.



Größte Pianofabrik in Polen

14531

meister Kwiatkowski und Landwirt Dr. Sindowski. Die staatliche Oberförsterei Zbiczno veranstaltet im Monat Januar nachstehende Holzversteigerungen: am Dienstag, 14., in der Gastwirtschaft Dejewski in Zbiczno, am Dienstag, 21., im Bahnhofshotel in Gohlerzhäusen (Zablonowo) und am Dienstag, 28., in der Gastwirtschaft Trojanowski in Konojed (Konoiady). Verkauft wird Kiefern- und Brennholz aus dem Wirtschaftsjahr 1930.

Tuchel (Tuchola), 11. Januar. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde Dr. med. Preis mit 8 gegen 7 Stimmen zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Stellvertreter wurde der Gerichtsgeselle Piotrowski, Schriftführer der Oberpostkassener i. A. Muszynski. Festgesetzt wurden laut Antrag des hiesigen Magistrats die Preise für die Produkte der städtischen Gasanstalt wie folgt: 1 Kubikmeter Gas zu Leucht- und Betriebszwecken 0,38 Zloty (bis jetzt 0,35), 1 Zentner Koks 2,50 Zloty, 1 Zentner Teer 9,00. Zwecks Erhebung der Hundesteuer wurde folgender Beschluß gefaßt: Steuerfrei sind Hof- und Hühnerhund; die Steuer für den ersten Hund beträgt 10,00 Zloty, für den zweiten 30,00 Zloty, für jeden weiteren Hund 60,00 Zloty. Das vom Magistrat eingebrachte Reglement zum Statut über die Armenverwaltung wurde mit kleinen Änderungen angenommen. Zur Bekanntgabe gelangte ein Schreiben, nach welchem die Volksschulen in Tuchel, Neu-Tuchel und Kossinka in einheitliche Verwaltung genommen werden, jedoch bleiben in Neu-Tuchel und Kossinka die Schulen für die Unterstufenklassen bestehen. Der Magistrat gab ferner bekannt, daß nunmehr die Genehmigung von der Wojewodschaft eingelaufen wäre, die der Stadt gestattet, bei der hiesigen Kreisparasse eine Anleihe in Höhe von 50 000 Zloty zwecks Beendigung der Bauarbeiten im neuen Stadthaus aufzunehmen. Bekanntlich hatte die Stadt bereits vor längerer Zeit ihren diesbezüglichen Antrag zurückgezogen. Abgelehnt wurde ein Antrag des Touristenklubs in Polen zwecks Bewilligung einer Summe zum Bau von Erholungsheimen.

m. Dirshan (Tczew), 12. Januar. Ein Unglücksfall ereignete sich gestern gegen 2 Uhr auf dem Rangierbahnhof Stangenberg. Der 20 Jahre alte Rangierer Joh. Górski, wohnhaft in Mühlanz hiesigen Kreises, geriet während Ausübung seines Dienstes unter die Räder des Rangierzuges, wobei dem Unglücklichen beide Hände abgefahren wurden. Der Verletzte wurde sofort ins hiesige Vinzenzkrankenhaus eingeliefert. Gestern morgen gegen 6 Uhr wurde die hiesige Freiwillige Feuerwehr zu einem Brande alarmiert, welcher im Hause des Apothekenbesizers Schulz = Rembowski, an der Ecke der Danziger- und Brückenstraße, ausgebrochen war. Am Tage zuvor hatte der Schornsteinfeger beim Säubern des Schornsteins den Ruß tief hinabgeschoben, welcher durch ein offenes stehendes Türchen des Kanals zu den im Keller lagernden Kohlen gelangte und dort einen Brand hervorrief, der von der Feuerwehr im Keime erstickt wurde, ohne einen nennenswerten Schaden hervorzurufen. Am Abend desselben Tages wurde die Feuerwehr nach der Biesenstraße gerufen. Hier handelte es sich jedoch um einen blinden Alarm, welcher jedenfalls von mutwilligen Burlesken hervorgerufen wurde. Nach längerer Zeit passierte gestern unseren Bahnhof wieder ein Auswanderertransport von zusammen 370 Personen, die vorläufig im Auswandererlager in Neustadt untergebracht wurden, um von dort nach Kanada zu gelangen. Bis Sonnabend, 18. Januar, ist des Nachts die Adler-Apothek, am alten Markt gelegen, geöffnet.

Graudenz.

Heute vorm. 10 Uhr entschlief nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser heizungsguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Wilhelm Luk

im Alter von 56 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen

Frau Meta Luk geb. Lippke

Heinz Luk als

Anneliese Luk als

Grudziadz, den 11. Januar 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Januar, nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des evgl. Friedhofes am Stadtwalde aus statt.

J. Bayer, Dragasz

Moderne Herrenschneiderei

Beste Verarbeitung. 15761 Solide Preise.



Gute Ondulation

Maniküre

Spezialität

korrekter Bubikopf

Haarschnitt

P. Neumann,

3. Maistrasse 36,

und

Friseursalon Figaro

Schuhmacherstr. 14.

15996

Gemüsesamen

für Frühbeet u. Garten

ow. alle ander. Samen-

reien sind von meinen

ausländischen Züchtern

einestrotzen. Katalog

kostenlos. Thomas French,

Grudziadz.

Thorn.

Montblanc Goldfüllhalter

Der Qualitäts-Füllhalter mit 14-kar.

Goldfeder in allen

Spitzenbreiten zu

haben bei 1999

Justus Wallis,

Papierhandlung, Büro-

bedarf, Thorn.

Reparaturen sämtl.

Goldfüllfeder-Systeme

werden schnellstens

ausgeführt.

8000 zł

zur Lösung d. I. u. II.

Hypoth. auf ein Grund-

stück m. Gärt. u. Laden

gel. Off. u. II. 8574 a.

Ann.-Exp. Wallis, Thorn.

875

Gesucht schöne

4 Zimmer-Wohnung.

mit Badeeinricht., evtl.

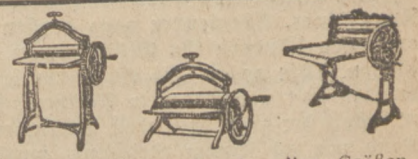
3 Zim.-Wohnung. Off.

nebst Bedienung an

auf die Zahl der erschienenen Mitglieder be-

zugsfähig ist.

Der Vorstand.



Wäschemangeln in allen Größen

empfehlen

Falarski & Radaike

Szeroka 44 Toruń Stary Rynek 3

Tel. 561 16 09

Deutsche Bühne in Toruń S. J.

Am Mittwoch, den 15. Januar 1930

abends 8 Uhr im „Deutschen Heim“

Generalversammlung

Tagesordnung:

1) Jahresbericht. 2) Rassenbericht. 3) Bericht

der Rechnungsprüfer u. Entlastung. 4) Wahl

des Vorstandes und Beirates. 5) Verschiedenes

Vollzähliges Erscheinen aller

Bereinsmitglieder sehr erwünscht.

Bei Beurlaubungsfähigkeit wird hiermit zu

8 1/2 Uhr eine zweite Versammlung mit derselben

Tagesordnung einberufen, die ohne Rücksicht

auf die Zahl der erschienenen Mitglieder be-

zugsfähig ist.

Der Vorstand.

Verbrecher auf dem Friedhof.

Übermalige Verhaftung der Gebrüder Sack.

Fast ein Jahr ist verstrichen, seit an einem Montag, dem 28. Januar 1929, der große Einbruch in die Tresorräume der Diskonto-Gesellschaft in der Kleiststraße, Berlin, entdeckt wurde. Wie noch erinnert sein wird, hatten dort routinisierte Geldschrankeinbrecher mit den modernsten Werkzeugen in wochenlanger Arbeit

im Keller unter den Bankräumen einen Gang und Schacht ausgehoben,

der ihnen den Zugang zur Silberkammer und weiter zu den Tresorräumen ermöglichte. Die 170 Fächer des Tresorraumes waren ausnahmslos aufgeschweißt oder aufgebrochen und ihres wertvollsten Inhaltes beraubt. Auf den Pfennig genau hat sich niemals feststellen lassen, was an Geld und Geldeswert damals gestohlen wurde. Wochenlang forschten die Beamten des Geldschrankbezugs nach den Tätern, die nur in den Kreisen der Fachleute zu suchen sein konnten. Unter dem Verdacht, den großen Einbruch verübt zu haben, wurden schließlich zwei Brüder, Franz und Erich Sack, aus der Birkenstraße 57 festgenommen. Alle Verhöre verliefen aber ergebnislos, und am 7. April wurde von der Staatsanwaltschaft Aufhebung des Haftbefehls verfügt. Von dem gestohlenen Gute ist bis heute nichts zutage gekommen.

Jetzt ist die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei erneut auf die Gebrüder Sack gelenkt worden. Ein bedeutungsvoller Fund wurde auf Charlottenburger Gebiet in der Cauerstraße gemacht. Dort liegt, von der Cauer-, der Berliner-, der Guericke- und der Straße am Volkshause begrenzt, ein Block von Grundstücken. Die Ecke an der Berliner- und Cauerstraße nimmt das Kaiserin-Augusta-Gymnasium ein. Ihm folgt an der Berliner Straße das Hauptzollamt Charlottenburg, die Moabitische Arbeiterbank und die Filiale der Konsumgenossenschaft. An die Straße am Volkshause stößt auf einer Seite das Gelände des alten Begräbnisplatzes der Luisen-Gemeinde, das mit seinen gegenüberliegenden Mauern wiederum an das Schulgrundstück angrenzt. Anwohner hatten nun vor einigen Nächten Klopfgeräusche gehört und von dieser Wahrnehmung die Polizei verständigt. Es wurde nachgeforcht, und die Entdeckung übertraf jede Erwartung.

Auf einem abgelegenen Teil des Schulhofes, der den Schülern nicht zugänglich ist, lag ein großer Haufen Sand, der, wie beobachtet wurde, von Tag zu Tag auf unerklärliche Weise wuchs. Schließlich hatte die Sandmenge einen Umfang angenommen, daß man sie auf etwa 10 Fuß hoch schätzen konnte. Unter dem Haufen fand man verrottete Grabkränze und das ließ darauf schließen, daß der Sand von dem benachbarten Friedhof herkam. Nachfragen ergaben dort, daß dort seit 1½ Jahren kein neues Grab mehr ausgehoben worden war.

Ein Zufall brachte dann die endgültige Aufklärung.

Ein Kriminalbeamter, der, auf einer Leiter stehend, die Umgebung der Friedhofsmauer besichtigte, verlor plötzlich den Halt, die Leiter glitt unter ihm fort in ein tiefes Loch. Jetzt hatte man den Eingang zu einem unterirdischen Stollen gefunden.

Durch ein Brett war er verdeckt, das mit Sand vom Wege und Steinen unsichtbar gemacht war. Senkrecht hatten die immer noch unbekannten Täter die Erde ausgehoben und einen schmalen Gang hergestellt. Er war so eng, daß nur schlanke Leute hindurchkommen konnten. Unter der Friedhofsmauer hindurch führte er bis zum Schulgrundstück und öffnete sich dort schließlich zu einer Art Kessel, der etwa 3½ Meter hoch und 2 Meter breit ist. Die Decke dieses Kessels bildete der zementierte Fußboden eines ehemaligen Ziegenstalles. So waren die „Maulwürfe“ gegen Einsturz von oben gesichert. Um aber einen zweiten Ausgang zu haben, führte von dem Kessel wieder ein schmaler Gang zu dem Sandhaufen auf dem abseits gelegenen Teil des Schulhofes. Auch hier war der Ausstieg mit Zweigen maskiert. In dem Höhlenkessel war alles vorhanden, eine Sturmlampe, Bretter zum Abstreifen der Wände, Hammer, Säge und Nägel, zwei Eimer, wahrscheinlich zum Fort-

schaffen des Sandes und eine Serie von Einbruchswerkzeugen.

Mehrere Nächte hindurch beobachteten nun die Kriminalbeamten diese Höhle, da sie bestimmt damit rechneten, daß die Gräber wiederkommen und die Arbeit fortsetzen würden. Diese Vermutung war um so mehr gerechtfertigt, als die Anwohner kürzlich zur Nachtzeit einen verdächtigen Lichtschein auf dem Friedhof bemerkt hatten. So mußte man damit rechnen, daß die Grabung bald wieder aufgenommen würde. In der Nacht zu Freitag bezogen wieder mehrere Beamte mit Hunden den

Beobachtungsposten in einem Totengräberhäuschen.

Die anderen waren im Gymnasium jenseits der Mauer untergebracht. Die klare Mondnacht gewährte einigermaßen einen Überblick über das mit Bäumen und Büschen bestandene Friedhofsgelände. Tatsächlich tauchten auch, von der Cauerstraße her kommend, zwei Männer auf, die aber, ehe sie in das Loch hinabstiegen, die ganze Umgebung absuchten. Durch einen Spalt in der Holztür des Totengräberhäuschens erkannten sie die Kriminalbeamten; denn plötzlich rasteten sie wie gejagt davon. Eine wilde Jagd ging über den nachts stillen Friedhof. Die Verfolgten waren mit dem Gelände vertraut und rannten zwischen den Gräbern dahin auf die Mauer zu. Die Kriminalbeamten folgten ihnen, so schnell sie konnten, waren aber im Nachteil. Sie erkannten jedoch im Mondlicht deutlich die Gestalten der Flüchtlinge als die des Franz und Erich Sack. An den Gebrauch der Schusswaffe war nicht zu denken, es lag die Gefahr vor, daß die Geschosse in die Fenster der gegenüberliegenden Häuser schlagen würden. Die Gejagten hatten anscheinend an alles gedacht. An einer bestimmten Stelle der Mauer hatten sie aus Steinen einen Tritt zurechtgemacht, der es ihnen ermöglichte, rasch über die Mauer hinwegzusetzen. Ehe die Kriminalbeamten diese Stelle finden konnten, waren die Gebrüder Sack verschwunden.

Die Verfolger eilten, so schnell es gehen wollte, zur Wohnung der Brüder nach der Birkenstraße 7. Eine Knappe Dreiviertelstunde später kamen die Brüder dort an. Sie waren, wie auch auf dem Friedhof, ohne Kopfbedeckung, hatten aber in einem noch unbekannten Quartier in der Zwischzeit die Anzüge gewechselt. Ihre gute Kleidung konnten sie bei der Erbschaft natürlich nicht anziehen. Auf dem Friedhof waren sie ohne Mäntel gewesen, jetzt trugen beide Überzieher. Franz und Erich Sack wurden vorläufig festgenommen und sofort nach dem Polizeipräsidium gebracht. Sie verweigern jede Antwort, leugnen zwar nicht, auf dem Friedhof gewesen zu sein, geben es aber auch nicht direkt zu.

Daß sie von der Erbschöle aus noch weitergraben wollten, ist unwahrscheinlich. Vielmehr werden sie den Zweck verfolgt haben, sich hier ein Versteck zu sichern, dessen Entdeckung so gut wie ausgeschlossen war. Ob sie einen neuen Streich planten und ob er vielleicht dem nahe gelegenen Hauptzollamt gegolten hätte, ist eine Frage, die sich noch nicht beantworten läßt. Was auch immer ihre Beute sein mochte, so war das Versteck gut; denn niemand würde so leicht auf den Gedanken gekommen sein, nach Diebesgut auf dem Friedhof oder auf einem Schulhof zu suchen. Es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß die Gebrüder Sack eines der

Erbbegräbnisse als unterirdische Schatzkammer

ausgenutzt haben. Damit würde die unterirdische Anlage sehr gut in Einklang zu bringen sein, da diese lediglich den Charakter eines Zufluchtsortes und Zugangsweges trägt. Die Kriminalpolizei hat bei ihren weiteren Ermittlungen diese Annahme in den Bereich der Möglichkeit gerückt und den ganzen Friedhof am Sonnabend nachmittag bis zum Einbruch der Dunkelheit gründlich abgesucht. Allerdings wird es sehr schwer sein, das zweite Versteck zu finden, wenn dazu eines der alten halbverfallenen Gräber benutzt sein sollte. Trotzdem hat die Kriminalpolizei am Sonntag ihre Sucharbeit fortgesetzt. Der Friedhof steht Tag und Nacht unter starker Bewachung, da befürchtet werden muß, daß Kräfte am Werke sind, die Spuren zu verwischen.

Die Duplizität der Fälle.

Verbrecherhöhle auf einem lettischen Friedhof.

Ein fünfstündiges nächtliches Feuergefecht mit Verbrechern spielte sich, wie die „D. N. Z.“ aus Riga meldet, dieser Tage auf dem kleinen livländischen Landfriedhof in Serbigal ab. Ein Vorübergehender bemerkte abends dort einige verdächtige Gestalten und benachrichtigte den Ortspolizisten, der mit drei bewaffneten Selbstschützern die Untersuchung aufnahm. Als der Beamte mit einer Taschenlampe den Friedhof absuchte, ertönten plötzlich aus einem Erbbegräbnis mehrere Schüsse, worauf sich die Verfolger hinter Grabhügeln verborgen und das Feuer erwiderten. Nach einiger Zeit kamen noch mehrere Selbstschützern zur Verstärkung heran, worauf fünf Männer aus dem offenen Grabe hervorkamen und zur Friedhofskapelle hinübereilten. Einer von ihnen brach, von einer Kugel tödlich in den Kopf getroffen, zusammen. Während zwei Verbrecher über die Friedhofsmauer entkamen, verschanzten sich die beiden übrigen in der Kapelle und legten nun ganze fünf Stunden lang den Feuerkampf mit den Polizeikräften fort. Erst als einige Handgranaten in die Kapelle geworfen wurden, gaben die Verbrecher ihre Verteidigungsstellung auf und unternahmen einen letzten Fluchtversuch, beide wurden jedoch von tödlichen Kugeln erreicht. Es wurde festgestellt, daß die drei Erschossenen einer gefährlichen Verbrecherbande angehört hatten, die sich im Keller der Friedhofskapelle eine mit allerlei Diebesgut ausgestattete Wohnung eingerichtet hatte.

Ein zweiter Ozeanflug Köhls.

Hauptmann Köhl und seine Gattin haben, wie aus New York berichtet wird, an Bord der „Bremen“ die Rückreise in die Heimat angetreten. Bei einer Abschiedsfeier des Brooklyner Sängerbundes, dessen Ehrenmitglied der Ozeanflieger ist, hielt Köhl eine Ansprache. Er erklärte u. a.: „Wir denken in dieser Stunde an unsere arme Heimat, die durch Generation und Generationen schwerste Opfer für etwas bringen muß, was sie nicht gewollt hat. Wir waren es nicht, die diesen sinnlosen Krieg angezettelt haben.“ Zum Schluß kündigte Hauptmann Köhl an, daß er mit einer neuen, verbesserten „Bremen“ seinen zweiten Ozeanflug unternehmen wolle.

Der weiße Tod in China.

15 000 Menschen erfroren.

New York, 10. Januar. „Associated Press“ meldet aus Schanghai: Die Nachrichtenagentur Kwomin berichtet aus Peiping, daß in der Mongolei 15 000 Menschen infolge der herrschenden Kälte umgekommen seien.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Senders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrager die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

P. D. Bromberg. Wenn Sie sich in dem Vertrage mit dem Lehrstuhl den eventuellen Nachweis einer anderen Beihilfe oder eine eventuelle Entschädigung nicht ausdrücklich ausbedungen haben, können Sie Ansprüche in dieser Richtung nicht geltend machen.

Bursat. Erbschaften und Schenkungen bis 10 000 Mark sind für Abkömmlinge frei von Erbschafts- oder Schenkungssteuer. Schwiegerohn oder Schwiegertochter haben bei Erbschaften bis 10 000 Mark 7 Prozent Steuer zu zahlen.

L. B. 100. 1. Die 2000 Mark vom Juli 1922 sind nicht einen Großteil wert; Forderungen, die nach dem 1. Januar 1922 entstanden und nicht hypothekarisch gesichert sind, werden nicht aufgewertet. 2. Sie können das Geld vor dem Jahre 1932 fordern. 3. Wenn die Hypothek durch ordnungsmäßige Kündigung fällig geworden ist, können Sie gefällige Zinsen verlangen. 4. Der Pächter ist offenbar im Recht; er zahlt fällige Steuern von dem Grundstück, soweit er es gepachtet hat; das, was er nicht in Pacht hat, nämlich die Hälfte des Saufes, geht ihn nichts an. 5. Wir kennen die Gründe nicht, die Ihr Bruder für seine Forderung auf Rückgabe des Grundstücks geltend macht, können deshalb auch nicht die Chancen eines Prozesses beurteilen.

Unbekannte Könige.

Seine Majestät Sydney II. — Ein Schneiderlehrling wird indischer Maharadscha. — Auch Europa hat einen namenlosen Herrscher. — Eine Replik wird gesucht.

Von Paul Diner-Denes.

Unbekannte Könige — ja, auch solche gibt es. Könige, von denen nicht einmal der Gothaer Almanach weiß, und die dennoch souveräne Herrscher in ihrem Lande, Gebieter über Tod und Leben ihrer Untertanen sind. Solche unbekannte Könige lebten und leben heute noch auf dieser Erde in recht großer Anzahl, und damit man sie finde, braucht man nicht nach dem dunkelsten Afrika, zu den schwarzen Stammeshäuptlingen gehen.

Die namenlosen Herrscher sind waschechte Europäer oder Amerikaner, Abenteurer ganz großen Stils, die in fremden exotischen Ländern ihr Glück suchten und es tatsächlich auch fanden. Sie zogen auf einen Beutezug aus, hofften, reich beladen mit verschiedenen Schätzen, wieder heimzukehren, und statt der zu erraffenden Schätze eroberten sie ein ganzes Land mit all seinem Reichtum, wurden Begründer neuer, unbekannter Dynastien.

Vor 70 Jahren erlitt ein schottischer Abenteurer Mac Henderson in der Nähe der Malayischen Inselgruppe Schiffbruch. Die ganze Besatzung kam bei der Katastrophe ums Leben. Henderson hatte aber Glück, und die Eingeborenen der Insel Cocos mußten den Preis dieses Glückes bezahlen.

Die Inselbewohner führten zu dieser Zeit ein idyllisches Leben, unbeschwert von den verschiedenen Segnungen der Zivilisation. Mit Hendersons Ankunft änderte sich aber alles. Der Abenteurer verstand das Vertrauen der Naturkinder zu gewinnen, und ehe ein Jahr vergangen war, wurde er zum König der Insel gewählt.

Nun begann eine regelrechte Gewaltherrschaft. Mac Henderson, der bei der Krönung den Namen Sydney I. annahm, ließ sich „Majestät“ nennen und machte seine neuen Untertanen mit den Erzeugnissen der Zivilisation bekannt. Er ging auf Beutezüge aus, organisierte ein „modernes“ Heer. Schnell sagte die Dynastie derer der Sydney festen Fuß. Nach einer fünfjährigen Regierungszeit hatte dann Sydney I. die Tochter eines malayischen Stammeshäuptlings geheiratet, und bald darauf wurde ein Thronerbe geboren. Dieser Thronerbe studierte in London und

in Oxford, und als Sydney I. das Zeitliche segnete, bestieg er den Thron seines Vaters. Heute regiert also in New-Selma, der Hauptstadt der Insel, Sydney II. So ist es einem Abenteurer gelungen, eine Dynastie, wenn auch eine unbekannte Dynastie, zu gründen.

Aber auch ein Schneiderlehrling kann mitunter das Glück haben, Begründer einer Dynastie zu werden. Der Italiener Paolo Solaroli war einfacher Schneiderlehrling in Piemont. Eines Tages sagte er einen großen Entschluß. Er wanderte nach Indien, nach Sardhan aus. Sein Abenteuererblut hieß ihn, dieses Wagnis unternehmen.

Man schrieb damals 1855. Paolo kam in Sardhan an und wurde dort zum Hofschneider des Maharadscha. Paolo war nun glücklich. Aber er wollte noch höher hinauf. Er beschloß, sich selber eine prunkvolle Galauniform zu bauen. Dem Maharadscha gefiel die Uniform. Da er inzwischen auch ihren Träger lieb gewonnen hatte, ernannte er ihn kurz entschlossen zum General. Nun war das Schicksal des Schneiderlehrlings entschieden. Er heiratete die Tochter des Maharadschas, und als dieser starb, übernahm er die Regierung.

Der Schneiderlehrling-Maharadscha war aber ein vorzüglicher Mann. Er wußte, daß er seine Krone nicht lange behalten würde. Und als die „Indische Gesellschaft“ auch das Gebiet von Sardhan ihr eigen nennen wollte, verkaufte er dieses für 30 Millionen Frank. Nun kehrte er mit seiner Gattin nach Italien zurück und lebte dort das Leben eines Grand-Seigneurs. Vor 40 Jahren starb er dann in Voghera (Provinz Pavia). Noch heute erzählt sich das Volk allerlei Legenden über den Schneiderlehrling, der Maharadscha wurde.

Wenige werden wissen, daß es inmitten Europas auch ein Königreich gibt, das sozusagen im Verborgenen blüht. Fragt man einen Geographen, wo das Königreich Tavolara liegt, so wird er aller Wahrscheinlichkeit nach keinen Bescheid wissen. Und dennoch, Tavolara liegt inmitten der zivilisierten Welt. Unweit der Ostküste Sardiniens ragt aus dem Meere ein kleines Inselchen heraus, das seit 80 Jahren eine eigene Dynastie besitzt. Allerdings hat das Inselchen nur 800 Einwohner, die lauter einfache Hirten und Fischer sind, aber ihr König ist souverän, und selbst Italien respektiert die Hoheitsrechte des Herrscherhauses.

Interessant ist nun die Geschichte der Dynastiebildung. Vor 110 Jahren siedelte ein gewisser Giuseppe Barthelomi

von Korsika auf die damals unbewohnte Insel über. Einige Fischer und Hirten folgten ihm, und das Inselchen hatte bald 200 Einwohner. Zu jener Zeit herrschte in Tavolara ein patriarchalisches Regime. Um das jeweilige Oberhaupt der Familie Barthelomi scharten sich die Einwohner und folgten widerstandslos all seinen Anordnungen. Vor 80 Jahren fand dann Carlos, der Sohn von Giuseppe, den Zeitpunkt für gekommen, um aus der Insel ein Königreich zu machen. Er nannte sich also Carlo I., und der damalige König von Sardinien, Carlo Alberto, verlieh ihm den Titel „Majestät“. Vor zwei Jahren war Tavolara der Schauplatz eines wichtigen Ereignisses. König Paul I. starb und sein Sohn Paul II. bestieg unter dem Jubel der Bevölkerung den Thron seiner Väter. Damals hatte man in der europäischen Presse zum ersten Male von diesem Königreich Kenntnis genommen.

Aber es gibt nicht nur unbekannte Herrscher, sondern auch unbekannte Länder. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts suchten die Franzosen vergeblich auf sämtlichen Landkarten eine Republik Countant. Und wenn auch der Präsident dieser Republik vorhanden und allgemein bekannt war, die Republik konnte nicht gefunden werden, weder auf der Landkarte, noch in der Wirklichkeit.

Auch heute noch laufen in Frankreich alte Herren herum, die Auszeichnungen dieser nicht vorhandenen Republik besitzen. Die Auszeichnungen wurden ihnen vom Präsidenten Jules Groß gegen Zahlung kleinerer und größerer Beträge verliehen. Jules Groß, der die kühne Behauptung aufstellte, daß seine Republik in der Nähe Französisch-Guyana liege, brachte es sogar zuwege, mit dem Kaiser von Brasilien, als dieser in Paris weilte, in diplomatische Verbindung zu treten. Jules Groß lebte als Präsident dieser nicht existierenden Republik in Sans und Brous, und erst nachdem er das Zeitliche segnete, kam man darauf, daß die Republik Countant nur in seiner Phantasie vorhanden war. Der Großindustrielle Garmot aus Guyana wollte nämlich die sagenhafte Republik ausfindig machen. Er rüstete also eine Expedition aus, ging auf die Suche und fand nach langem Suchen statt Countant ein Sumpfgebiet mit einer Einwohnerzahl von sechs Sträflingen, die aus der Strafkolonie dorthin flüchteten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Erhöhung des deutschen Zolls für Roggen und Weizen?

Wie aus Berlin berichtet wird, hat der Reichsernährungsminister die Reichsregierung ersucht, den Zoll auf Weizen und Spelz möglichst sofort auf 9,50 RM. für den Doppelzentner, den für Roggen auf 9 RM. festzusetzen, da sich ergeben hat, daß die Preise vom 1. September bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres nur eine Durchschnittshöhe von 229 RM. für Weizen und 178 RM. für Roggen erreicht haben. Das Kabinett wird in den nächsten Tagen in einer Sitzung zu dem Antrag des Reichsernährungsministers Stellung nehmen. Es besteht kein Zweifel, daß es seine Zustimmung erteilen wird.

Die Maßnahme des Reichsernährungsministers entspricht den Bestimmungen der Tarifnummer 1 des neuen Zollgesetzes vom 22. Dezember 1929, wo es in der Anmerkung heißt: „Wenn die Entwicklung des Roggenpreises es erfordert, hat die Reichsregierung den Zoll auf Weizen und Spelz auf den Betrag von 9 RM. für einen Doppelzentner heraufzusetzen oder bis auf den Betrag von 9 RM. für einen Doppelzentner heraufzusetzen. Hierbei hat ein Preis von 230 RM. je Tonne als Durchschnittspreis zu gelten. Die Notwendigkeit einer Änderung des Zolls ist jeweils spätestens nach Ablauf einer Frist von vier Monaten zu prüfen; die erstmalige Prüfung erfolgt auf Grund der durchschnittlichen Preisentwicklung vom 1. September bis 31. Dezember 1929.“ Der Tarifnummer 2 des Zollgesetzes ist eine gleiche Anmerkung für Weizen und Spelz angefügt, in der die Zollsätze auf 8,50 bzw. 9,50 festgesetzt sind und der Durchschnittspreis auf 260 RM.

Die Auslandsverschuldung Polens.

In der Aufnahme von polnischen Auslandsanleihen kann man zwei Perioden unterscheiden, welche durch die Stabilisierung der Währung voneinander getrennt werden. Die Anleihen der ersten Periode wurden zu sehr günstigen Bedingungen gewährt. (Niedriger Zinsfuß, keine Verpfändung von Staatseigentum, keine Garantiefälle usw.). Sie waren Warenanleihen, abgesehen von der sechsprozentigen Dollaranleihe, die unter den amerikanischen Nationalpolsen gegen Barzahlung zum Parikurs platziert wurde, und im Jahre 1940 auf einmal zurückzuführen ist. Die übrigen Auslandsanleihen dieser Periode wurden unmittelbar von den betreffenden ausländischen Regierungen gegeben und auf das Jahr 1925 rückzahlbar gestellt. Daneben wurden noch einige Privatdarlehen von geringerer Höhe in Amerika, Frankreich und Italien aufgenommen. Die Stabilisierung der Währung in Polen im Jahre 1924 brachte die Notwendigkeit mit sich, die Auslandsanleihen, insbesondere die Schulden Polens an die Vereinigten Staaten (welche 99 Prozent aller Schulden Polens ausmachten) zu regeln. An der Konferenz zwecks Regelung der europäischen Kriegsschulden der siegreichen Länder nahm auch Polen teil und schloß dann am 14. 11. 1924 in Washington ein neues Schuldenabkommen. Hierbei wurde die Höhe der damals bestehenden polnischen Schuld gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika auf 178.500.000 Dollar unter folgenden Bedingungen festgesetzt:

Zurechnung der rückständigen Zinsen zum Kapital unter Anrechnung eines Zinsfußes von 4 1/2 Prozent; Verzinsung 3 Prozent jährlich; Amortisationsdauer 62 Jahre.

In den Haushaltsplan Polens von 1926/29 wurde die Amortisationsrate für diese konsolidierte Anleihe mit 26,7 Millionen Zloty vorgesehen. Behufs Regelung der polnischen Schulden an europäische Staaten, wurde am 10. 12. 1924 in London ein Vertrag zwischen Polen einerseits und England, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Frankreich und der Schweiz andererseits über die Konsolidierung derjenigen Schulden geschlossen, die Polen unter Vermittlung des Internationalen Kreditkomitees in Paris am 22. 4. 1920 aufgenommen hatte und deren Rückzahlung am 1. 1. 1925 erfolgen sollte. Die Höhe dieser Schulden war folgende:

| Gläubigerland | Schuldbetrag | Es betrug | |
|----------------|----------------|---------------------------|---------------|
| | | vorgetragene Amortisation | Verzinsung |
| England . . . | 121.598.745 Zł | 6.979.174 Zł | 9.901.252 Zł |
| Norwegen . . | 16.066.710 „ | 1.448.844 „ | 2.251.746 „ |
| Dänemark . . | 398.691 „ | 30.838 „ | 47.916 „ |
| Schweden . . . | 94.774 „ | 4.649 „ | 7.224 „ |
| Schweden . . | 9.152.002 „ | 35.654 „ | 872.063 „ |
| | 147.500.922 Zł | 8.498.159 Zł | 13.080.206 Zł |

Die Gesamthöhe der bis dahin berechneten polnischen Auslandsanleihen ergibt sich aus folgender Tabelle:

| | Höhe der Schuld in Zł | Amortisationsquoten d. Jahr 1929/31 (Zł) | Verzinsung für das Jahr 1929 in Zloty |
|--|-----------------------|--|---------------------------------------|
| 1. Emissionen | | | |
| 6% Dollaranleihe von 1920 | 100.726.395 | — | 10.680.000 |
| 8% Dollaranleihe (Service Motor Truck Comp.) | 1.750.322 | — | — |
| 2. die Schuld an ausländ. Regierungen | | | |
| a) Schuld an Amerika | 924.940.800 | 26.700.000 | — |
| b) Schuld nach dem Vertrag v. London | 147.310.922 | 8.498.159 | 13.080.206 |
| c) Schuld an Holland | 22.516.847 | 5.395.844 | 1.555.325 |
| d) Schuld an Italien | 16.477.500 | 9.779.475 | — |
| 3. die Schuld an Privatgläubiger | 27.919.268 | — | — |
| | 1.241.642.054 | 50.373.478 | 25.315.531 |

Die Auslandsanleihen, die seit der Zlotystabilisierung im Jahr 1924 aufgenommen wurden, zeigen gegenüber der Inflationszeit folgende Unterschiede:

Eine höhere Verzinsung, eine Sicherungsklausel in der Gestalt von Verpfändung von Staatseigentum, eine Finanzierung nicht durch die ausländischen Regierungen, sondern durch Bankkonzerne.

Im Jahre 1924 wurden folgende Anleihen aufgenommen:

1. Eine 7prozentige italienische Emissionsanleihe in Höhe von 400 Millionen Lire. Die Amortisationsdauer wurde auf 20 Jahre bestimmt. Als Sicherheit dienten die Einnahmen des Tabakmonopols, das ganze Vermögen und die Einnahmen des Staates. Die Verzinsung für die ersten 5 Jahre wurde auf 4 Prozent, für die folgenden drei Jahre auf 3 Prozent festgesetzt.

2. Eine 5prozentige französische Anleihe in Höhe von 100 Millionen Franken mit einer 14jährigen Amortisationsdauer. Die Anleihe wurde in Maschinen und anderen Waren gewährt. Eine Verpfändung von Staatseigentum war hier nicht vorgesehen. Das Gesetz vom 11. 4. 1924 befreite im Art. 1 das Staatsvermögen und die Staatseinnahmen als Sicherheit für die gewährte Anleihe dienen sollten.

Die Höhe dieser Anleihe einschließlich der von der französischen Regierung von 1924 gewährten Anleihen betrug sich am 31. 12. 1925 auf 1029 Millionen Franken. In dem polnischen Staatshaushalt für 1929/30 wurden für die Amortisationsraten dieser Anleihen 6,2 Millionen Zloty und für die Verzinsung 4,3 Millionen Zloty vorgesehen.

3. Im Jahr 1925 wurde eine 8prozentige Dollaranleihe in Höhe von 85 Millionen Dollar (sogenannte „Dillon-Anleihe“) aufgenommen. Nach dem Art. 2 des Abkommens dieser Anleihe, dienenden Gesetzes wurde bestimmt, daß 40 Millionen Zloty für den Eisenbahnbau Verwendung finden und aus dem Rest ein staatlicher Industriefonds als Kreditquelle für Produktions- und Bankkredit gebildet werden sollte. Die Einnahmen daraus sollten zur Deckung der Anleiheverschuldung Verwendung finden. Der Art. 3 befreite, daß die Eisenbahneinnahmen und die Zuckereinnahmen, falls diese Quellen nicht ausreichen sollten, auch andere Staatseinnahmen als Pfandobjekt für die Amortisation

und Verzinsung der Anleihe dienen sollten. Die Höhe der Amortisationsquoten dieser Schuld beträgt im polnischen Budget für das Jahr 1929/30 11,5 Millionen Zloty, die Verzinsung 9,9 Millionen Zloty.

4. Auf Grund des Gesetzes vom 2. 8. 1926 (Art. 1) wurde der Schatzminister zur Aufnahme einer Anleihe bei der A.G. zum Betrieb des Zündholzfaktoriais monovals in Höhe von 6 Millionen Dollar mit einer 20 jährigen Amortisationsdauer und 7 Prozent Verzinsung ermächtigt. Die Anleihe wurde durch ein Bankkonkordat (International Match Corporation) bewerkstelligt. Die Amortisation für das Jahr 1929/30 beträgt 2,6 Millionen Zloty und die Verzinsung 8 Millionen Zloty.

5. Am 18. 10. 1927 nahm Polen eine Anleihe (sogenannte „Stabilisierungsanleihe“) in Höhe von 72 Millionen Dollar auf. Nach dem Art. 6 der als Grundlage der Anleihe dienenden Verordnung wurden sämtliche Zolleinkünfte zum Zwecke der Amortisation und Verzinsung der Anleihe verpfändet. Die Bedingungen der Anleihe waren folgende: 7 Prozent Verzinsung, Emissionskurs 92, Rückzahlungssatz 103, Amortisationsdauer 20 Jahre. Diese Dollaranleihe wurde also zu sehr ungünstigen Bedingungen abgeschlossen, jedoch nicht ungünstiger als die sonstigen „Stabilisierungsanleihen“, die Amerika nach dem Weltkrieg den vertriebenen europäischen Staaten gewährte. Die Verwendung der Anleihe wurde im einzelnen von den Anleihegläubigern vorgeschrieben und zur Bewachung der polnischen Finanzen ein amerikanischer Finanzkontrolleur bestimmt. Zu den wichtigsten Bestimmungen gehört auch die übernommene Verpflichtung, die polnischen Eisenbahnen in ein autonomes Unternehmen zu verwandeln, oder den Eisenbahnbetrieb zu kommerzialisieren. Die Anleihe, die der polnischen Regierung zum großen Teil die freie Verfügung über ihre Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten nahm, und den Staat in seiner Gesetzgebungshoheit einengte, war dennoch für Polen von großem wirtschaftlichen Nutzen und erfüllte den Zweck der Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Höhe der Amortisationsquoten dieser Anleihe für das Haushaltsjahr 1929/30 beträgt 26,3 Millionen Zloty, die Verzinsung 42,4 Millionen Zloty.

7. Zu den Verpflichtungen des polnischen Staates gehört schließlich noch die Übernahme eines Teils der österreichisch-ungarischen Schulden. Die Höhe dieses Anteils betrug am 1. 1. 1927 36,6 Millionen Dollar. Als Amortisationsquote wurden im Budget 1929/30 1,6 Millionen Zloty und als Verzinsung 5,7 Millionen Zloty vorgesehen.

Die gesamte Auslandsverschuldung Polens kann hiernach bis zum Jahre 1928 auf 435,8 Millionen Dollar beziffert werden, für die im Budget 1929/30 eine Höhe der Amortisationsquoten von 99,9 Millionen Zloty und der Verzinsung von 98,8 Millionen Zloty vorgesehen ist. Die Kursnotierungen der polnischen Anleihen an der New Yorker Börse zeigen wesentliche Kursveränderungen. Sachlich läßt sich dies wachsende Vertrauen kaum anders als durch eine Reflexwirkung der inneren finanziellen Konsolidierung Polens erklären, welche sich in der Umwandlung der schwebenden Schuld in langfristige Anleihen und in der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt auswirkte.

Die Enquete der polnischen Regierung über registrierte Pfandkredite für Agrarprodukte

Auf Grund der Verordnung vom 22. 8. 1928 wurden in Polen registrierte Pfandkredite für Agrarprodukte eingeführt. Die wesentlichen Bestimmungen dieser Verordnung sind folgende: Zur Vornahme der Pfandbestellung sind nach Art. 3 nur bestimmte staatliche Kreditinstitute berechtigt (Kommunalkassen, Kreis- und Kreisbauvereine, Kreditgenossenschaften). Als Verpfändungsgegenstände kommen nur Agrarprodukte aus eigener oder gepachteter Landwirtschaft in Betracht (Art. 4). Die Vornahme der Pfandbestellung geschieht durch einen amtlichen oder notariell beglaubigten Akt mit der Unterschrift des Pfandkreditnehmers. Dritten Personen gegenüber erlangt dieser Pfandkredit Rechtsfähigkeit durch die Eintragung in das Pfandregister. Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Kreditnehmers oder -Gebers auf Grund der Pfandbestellurkunde beider Parteien. Eine Abschrift des Vertrages wird beim zuständigen Registergericht („Riesengericht“) aufbewahrt. Nach dem Art. 8 bleibt der verpfändete Gegenstand im Besitz des Kreditnehmers; die Identität des Pfandobjekts wird durch besondere Kennzeichen bestimmt.

Das Ziel dieser preiswürdigen Maßnahme nachgebildeten Verordnung war, vor allem solche mittlere und kleinere Bauern in Zeiten schwankender Konjunktur oder schlechter Getreidepreise, durch die Bereitstellung eines vorübergehenden staatlichen Kredits mittels Verpfändung der Getreidevorräte von Zwangsverkäufen unmittelbar nach der Ernte abzuhalten, die keine Hypothekendarlehen bei Kreditinstituten aufnehmen könnten, weil diese Hypothekendarlehen verlangen.

Diese Absicht der polnischen Regierung ging nur zu einem gewissen Teil in Erfüllung. Neben juristischen Schwierigkeiten stellte sich auch eine ganze Reihe wirtschaftlicher Mängel heraus, die zunächst in dem Inhalt der Verordnung selbst, sodann in der Verschiedenartigkeit der Rechtsverhältnisse und Rechtsverhältnisse innerhalb der polnischen Teilgebiete ihre Verurteilung finden. Die juristischen Fragen des Eigentumsinhalts, der Sicherstellungsstellung, der eintretenden Kollisionsmöglichkeiten zwischen dieser Art des Pfandkredits und der hypothekarischen Verpfändung usw. sind in der Verordnung nicht genügend geklärt. Die Kreditgeber verlangen zudem eine doppelte Sicherheit, nämlich neben der Realhaftigkeit (das Pfandobjekt) noch eine persönliche Haftung in Gestalt einer Wechselverpflichtung von dem Schuldner, der hierdurch mit Mißtrauen erfüllt wird. Ferner sind auch Fragen rein wirtschaftlicher Natur nicht präzise durch die Verordnung geregelt, so z. B. ist es zweifelhaft, ob die Vorschriften sich auch auf tierische Erzeugnisse und Vieh erstrecken, ferner, welche Getreidearten in Betracht kommen. Die Höhe der staatlichen Kredite ist weder nach oben noch unten fest begrenzt, vielmehr in das freie Ermessen der Kreditinstitute gestellt. Hier kreuzen sich die Interessen des Staates selbst mit denen der Kreditinstitute. Während der Staat ein Interesse daran hat, daß vor allem die kleinen Bauern Kredite bekommen, ist für die Kreditinstitute die Führung kleinster Konten in großer Zahl meist unrentabel, da sie mit größeren Generalunkosten verknüpft sind, und das Bestehen dieser Institute geht deshalb dahin, nach Möglichkeit größere Landwirte mit Krediten zu versorgen.

Zwecks Feststellung und Beseitigung dieser Mängel veranstaltete das polnische Agrarministerium unlängst eine Umfrage bei den in Betracht kommenden Banken und landwirtschaftlichen Organisationen. Neben dem Hinweis auf die angeführten Mängel deuteten verschiedene landwirtschaftliche Verbände darauf hin, daß die Verordnung zu viel juristische Fragen und Formalitäten enthalte, viel zu kompliziert sei und dadurch für die meisten kleineren Landwirte unverständlich und bedenklich erscheine. Sodann wurden die unverhältnismäßig hohen Unkosten (Notariats- bzw. Gerichtskosten) bemängelt, die bei der Erhebung juristischer Formalitäten, insbesondere beim Abschluß von Verträgen über kleinere Kreditsummen erwachsen und der Wunsch ausgesprochen, bei Kreditsummen unter 1500 Zloty den Vertragsabschluß nur unter Hinzulegung von 2 Zeugen (anstelle eines gerichtlichen oder notariellen Aktes) für rechtmäßig zu erklären, sowie die Eintragung in das Pfandregister bei Verträgen unter 1000 Zloty kostenlos vorzunehmen.

Die praktisch auf Grund der Verordnung gewährten Kredite zeigen, daß in der Tat von den gewährten Kreditmöglichkeiten in erster Linie größere Landwirte Gebrauch machten. Am 30. 9. 1929 entfielen auf die gewährten Kredite auf 11.289.000 Zloty. Davon entfielen auf die zentralen und östlichen Wojewodschaften 6.441.000 Zloty, auf die westlichen 4.787.000 Zloty und auf die südlichen 81.000 Zloty. In den Gebietsteilen Polens mit besonders zerstücktem Kleindeckel in Kleinpolen wurden die Kredite fast gar nicht in Anspruch genommen. Die Praxis ergab, daß diese besondere Art registrierter Pfandkredite für die unmittelbare Unterstützung von Kleinbauern sehr wenig in Frage kommt. Viel größere Erfolge haben die Kreditgenossenschaften (sogenannten Kassen „Kaspi“) zu verzeichnen, die kleineren Landwirten reine Darlehenskredite gewähren. Für diese Zwecke stellte die Bank Politi daher den Zentralgenossenschaften für das laufende Jahr nicht weniger als 5 Millionen Zloty zur Verfügung.

Einfuhr von Radioapparaten im November 1929. Die Einfuhr von Radioapparaten betrug im November 1929: 281 Doppelzimmer von Werten von 940.000 Zloty, was gegen den Vormonat eine Erhöhung um 116.000 Zloty ausmachte. Die Einfuhr in den ersten 11 Monaten 1929 erreichte 6.079.000 Zloty während der Import im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres 7.149.000 Zloty betrug. Die Verminderung ist vielleicht weniger auf die Produktionsvermehrung Polens, als auf die schwache Entwicklung der Teilnehmerziffer des polnischen Rundfunks zurückzuführen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 13. Januar auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zloty am 11. Januar. Danzig: Ueberweisung 57,59 bis 57,73, bar 57,62—57,76. Berlin: Ueberweisung Warchau 46,875—47,075, Polen 46,85—47,05, Rattowitz 46,85—47,05, bar ar. 46,70—47,10, London: Ueberweisung 43,39, New York: Ueberweisung 11,25.

Warthauer Börse vom 11. Januar. Umläuf, Verkauf—Kauf. Belien 124,20, 124,51—123,89, Belgrad—, Budapest—, Butarek—, Helsinki—, Spanien—, Holland 358,85, 359,75—357,95, Japan—, Konstantinopel—, Ropenhagen 238,38, 238,98—237,78, London 43,38, 43,49—43,27, New York 8,892, 8,912—8,872, Oslo 238,25, 238,85—237,65, Paris 35,01, 35,10—34,92, Prag 26,35, 26,41—26,29, Riga—, Schweiz 172,59, 173,02—172,16, Stockholm 239,12, 239,72—238,52, Wien—, Italien 43,64, 46,76—46,52.

Antilke Devien-Notierungen der Danziger Börse vom 11. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert Devien: London 25,01 1/2, Gd., 25,01 1/2, Br., New York —, Gd., —, Br., Berlin —, Gd., —, Br., Warchau 57,62 Gd., 57,76 Br.

Berliner Devienkurse.

| Offiz. Diskont. | Satz | für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark | In Reichsmark 11. Januar | | In Reichsmark 10. Januar | |
|-----------------|------|--|--------------------------|--------|--------------------------|--------|
| | | | Geld | Brief | Geld | Brief |
| — | — | Buenos-Aires . . . | 1,685 | 1,629 | 1,676 | 1,680 |
| — | — | Kanada | 4,137 | 4,145 | — | — |
| 5,48 % | — | Japan | 2,058 | 2,062 | — | — |
| — | — | Kairo | 20,83 | 20,93 | — | — |
| — | — | Konstantinopel . . | 1,973 | 1,982 | — | — |
| 5,5 % | — | London | 20,37 | 20,41 | — | — |
| 5 % | — | New York | 4,1835 | 4,1915 | — | — |
| — | — | Rio de Janeiro . . | 0,479 | 0,481 | — | — |
| — | — | Uruquay | 3,846 | 3,854 | — | — |
| 5,5 % | — | Amsterdam | 168,42 | 168,76 | 168,49 | 168,83 |
| 9 % | — | Althet | 5,43 | 5,44 | — | — |
| 4 % | — | Brüssel | 58,285 | 58,405 | 58,295 | 58,415 |
| 7 % | — | Danzig | 81,41 | 81,57 | — | — |
| 7 % | — | Helsingfors | 10,502 | 10,522 | — | — |
| 7 % | — | Italien | 21,885 | 21,925 | 21,885 | 21,925 |
| 7 % | — | Jugoslawien | 7,401 | 7,415 | — | — |
| 5 % | — | Kopenhagen | 111,95 | 112,17 | 111,92 | 112,14 |
| 8 % | — | Sankt Petersburg . . | 18,81 | 18,85 | — | — |
| 5,5 % | — | Oslo | 111,86 | 112,08 | 111,84 | 112,06 |
| 3,5 % | — | Paris | 16,44 | 16,48 | 16,435 | 16,475 |
| 5 % | — | Prag | 12,375 | 12,395 | — | — |
| 3,5 % | — | Schwiz | 81,06 | 81,22 | — | — |
| 10 % | — | Sofia | 3,024 | 3,030 | — | — |
| 5,5 % | — | Spanien | 54,27 | 54,37 | — | — |
| 4,5 % | — | Stockholm | 112,24 | 112,48 | 112,19 | 112,41 |
| 7,5 % | — | Wien | 58,88 | 59,00 | — | — |
| 8 % | — | Budapest | 73,18 | 73,32 | — | — |
| 9 % | — | Warschau | — | — | 46,90 | — |

Zürcher Börse vom 11. Januar. (Antilke.) Warchau 57,80, New York 5,1615, London 25,13 1/2, Paris 20,28 1/2, Wien 72,26, Prag 15,26 1/2, Italien 27,01, Belgien 71,99, Budapest 90,30, Helsingfors 12,97, Sofia 3,72 1/2, Holland 207,82 1/2, Oslo 138,00, Ropenhagen 138,05, Stockholm 138,47 1/2, Spanien 68,10, Buenos Aires 2,07 1/2, Tokio 2,54, Butarek 3,06 1/2, Athen 6,70 1/2, Berlin 123 1/2, Belgrad 9,12 1/2, Konstantinopel 2,44 1/2, Privatdiskont 4,31 pCt.

Die Bank Politi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,845 Zł., do. h. Scheine 8,835 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,22 Zł., 100 Schweizer Franken 171,95 Zł., 100 franz. Franken 14,77 Zł., 100 deutsche Mark 21,87 Zł., 100 Danziger Gulden 37,70 Zł., tschech. Krone 26,25 Zł., österr. Schilling 124,85 Zł.

Antienmarkt.

Polener Börse vom 11. Januar. Fest verzinsliche Werte Notierungen in Prozent: Spross. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 49,00 G. Spross. Dollaranleihe der Polener Landbank (100 Zloty) 91,75 +. Spross. Konvertierungspfandbriefe der Pol. Landbank (100 Zloty) 89,00 G. Notierungen je Stück: Spross. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 65,00 G. Tendenz unverändert. Industriekredit: Serajewo-Viktoria 44,00 G. Tendenz unverändert.

Produktenmarkt.

Antilke Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 11. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Polen.

Richtpreise:

| | | | |
|----------------------|-------------|-----------------------|-------------|
| Weizen | 36,50—38,50 | Rübensamen | 75,00—79,00 |
| Roggen | 24,25—25,00 | Federbren | 33,00—37,00 |
| Mah. gerste | 23,25—24,75 | Vitoriaerbren | 35,00—45,00 |
| Braugerste | 23,75—25,75 | Hollgererbren | 36,00—43,00 |
| Safer | 18,00—19,00 | Roggenstroh, loie . . | — |
| Roggenmehl (65%) . | — | Roggenstroh, gepr. . | — |
| Roggenmehl (70%) . | 38,50 | Seu, loie | — |
| Weizenmehl (65%) . | 57,50—61,50 | Seu, gepr. | — |
| Weizenkleie | 17,50—18,50 | Blaue Lupinen | — |
| Roggenkleie | 15,00—16,00 | Weiße Lupinen | — |

Gesamttendenz: schwächer.

Anmerkung: Auf den Auslandsmärkten weisen die Preise weiterhin eine fallende Tendenz auf. Auf dem Inlandsmarkt ist die Lage unverändert.

Danziger Produktenbericht vom 11. Januar. Weizen 130 Pfd. 22,50—22,75, Roggen (Inland) 14,75—15,00, Roggen transito 12,57 bis 12,60, Braugerste (Inland) 15,00—16,00, Braugerste 14,50—15,50, Futtergerste (Inland) 14,00, Futtergerste 13,25—13,75, Safer (Inland) 13,50, Safer 11,50—12,00, Roggenkleie 11,50, Weizenkleie 13,50, Aderbohnen 17,00—17,50, Großhandelspreise in Danziger Gulden per 100 Kilogramm. (Die Notierungen blieben unverändert.)

Berliner Produktenbericht vom 11. Januar. Getreide- und Delfenaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen m. 76—77 Kg. 245,00—248,50, März 235,00—266,00, Mai 278,50—277,50, Roggen m. 72 Kg. 161,00—163,00, März 182,00—181,00—181,75, Mai 193,50—193,75, Gerste 184,00—200,00, Futtergerste 165,00—172,00, Safer m. 140,00—151,00, März 159,00, Mai 167,00, Weizen 173,00 bis 174,00, rumänischer 155,00.

Weizenmehl: 30,00—35,50, Roggenmehl 22,25—25,75, Weizenkleie 10,50—11,00, Roggenkleie 9,25—9,75, Vitoriaerbren 23,00—36,00, Al. Speielerbren 23,00—26,00, Futtererbren 21,00—22,00, Weizenbren 20,00—21,00, Aderbohnen 18,50—20,60, Weizen 20,00—25,00, Lupinen b. aue 14,00—15,00, Lupinen gelbe 17,00—18,00, Terradella 26,00—31,00, Kapskuchen 17,40—17,90, Weizenkuchen 23,00—23,40, Troadenmehl 8,00—8,20, Soja-Extraktionsöl 16,00—16,40, Kartoffelflocken 14,30—14,90.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 10. Januar (Antilke Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auktions: 2714 Rinder, darunter 665 Ochsen, 552 Bullen, 1367 Kühe und Färsen, 1675 Rälber, 5465 Schafe, 1255 Ziegen, 6715 Schweine, 1559 Auslandsschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktpreisen und zulässigen Händlergewinn.

Man zählte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts (jüngere) 59—62, b) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 56—57, c) junge, fleischige nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 49—53, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 40—47, Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 55—57, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 52—54, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 50—51, d) gering genährte 43—48, Rälber: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 44—49, b) tonigste vollfleischige oder ausgewachsene 32—41, c) fleischige 26—29, d) gering genährte 20—25, Färsen (Kälbinnen): a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 54—57, b) vollfleischige 48—52, c) fleischige 35—45, Färsen: 35—45.

Rälber: a) Doppellender feinsten Maat —, b) feinsten Maat Rälber 88—95, c) mittlere Maat- und beste Saugtälber 62—65, d) geringe Maat- und gute Saugtälber 48—60.

Schafe: a) Maatlamm und jüngere Maatlamm: 1. Weidemast —, 2. Stallmast 67—70, b) mittlere Maatlamm, ältere Maatlamm und gut genährte junge Schafe 1, 60—66, 2, 50—55, c) fleischige Schafe von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 84—86, d) fleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 84—86, e) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 82—84, f) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 78—80, g) vollfleischige unter 120 Pfd. —, h) Sauen 74—76, Ziegen: —.

Marktverlauf: Bei Rindern und Schafen ziemlich glatt, schwere, gute Rälber gesucht, bei Schweinen flaut.

Die Heimat der Tschernomonten-Fälcher.

Der 2000jährige Freiheitskampf der Georgier.

Russland, das den sechsten Teil der Erdoberfläche einnimmt, zählt rund 100 Völker auf seinem Riesenterritorium. Eines der intelligentesten und kultiviertesten sind davon die Georgier, russisch: Grusinen genannt. Sie können sich rühmen, als eines der ersten zum Christentum bekehrt worden zu sein; denn schon die Apostel Andreas und Simon haben in Georgien das Christentum verkündet. Die geschichtliche Vergangenheit der Georgier ist noch älter. Die georgischen Könige haben stets schwer um die Existenz ihres Landes zu kämpfen gehabt, das eine einsame Insel im mohammedanischen Meere war. Die schneebedeckten Gebirge des Kaukasus wurden im Laufe von zwei Jahrtausenden durch das kaukasische Blut rot gefärbt. Wie alle Gebirgs-völker haben es die Georgier trotz erbitterter feindlicher Anstürme verstanden, ihre kulturelle Eigenart zu wahren. Ihr Unabhängigkeitsdrang war durch die ständigen Kämpfe gestärkt, und sie vermochten ihre Freiheiten verhältnismäßig gut zu behaupten. Verhältnismäßig gut — denn, im Einzelnen betrachtet, ist das Schicksal Georgiens sehr abwechslungsreich und durchaus nicht erfreulich gewesen.

Die ersten großen Feinde Georgiens zu Beginn der christlichen Ära waren Armenier, die im 2. Jahrhundert einen ihrer Schutzherrn auf den georgischen Königsthron setzten. Die Georgier wehrten sich, indem sie die Unterstützung der Perser herbeiriefen, mit dem Erfolg, daß es nun die Perser waren, die Georgien zu unterdrücken begannen. Dank einer Reihe von Aufständen und dank der Hilfe des byzantinischen Kaisers gelang es den Georgiern, sich von den persischen Unterdrückungen zu befreien. Die Byzantiner haben sich jedoch schließlich als ebenso eigennützige Helfer erwiesen wie vor ihnen die Perser. Sie ruhnten nicht eher, bis sie die alte Chosru-Dynastie durch die den Herrschern von Konstantinopel ganz gefügigen Saramiden ersetzt. Die Herrschaft der Saramiden war aber kurz. Denn bald nach dem Dynastie-Umsturz in Georgien erschienen zum ersten Mal die Moslems auf der Bildfläche, die ihre Vasallen auf den Thron Georgiens setzten. Nun ging es im georgischen Lande recht „bunt“ zu: Araber, Byzantiner, Perser, Türken, Tataren und Mongolen kamen und gingen, verunreinigten das Land und unterdrückten das georgische Volk, um dann für einige Zeit zu verschwinden. Die georgischen Könige hatten es schwer, zwischen den zahlreichen Feinden zu lavieren und ihr Land vor endgültigem Untergang zu bewahren. Dies gelang ihnen jedoch, so daß Georgien im 13. Jahrhundert eine der glänzendsten Blüteperioden seiner Geschichte erleben konnte. Um so katastrophaler war der Niedergang, um so blutiger das Neuaufblühen der tragischen Kämpfe um die Unabhängigkeit, die beinahe 600 Jahre lang währten. Immer wieder gelang es den Georgiern, sich gegenüber dem Anprall der Mohammedaner zu behaupten, und immer wieder mußten sie schwere Opfer bringen, um der Versklavung zu entgehen. Bis endlich am Ende des 18. Jahrhunderts die Russen in den Kaukasus vordringen.

Es war Katharina die Große, die als erste von den Trägern der russischen Zarenkrone die Hand auf Georgien und zwar auf die georgische Provinz Abchasien legte. Der Zar Alexander I. hat im Jahre 1802 ganz Georgien unterworfen und zu einer russischen Provinz erklärt. Die Prinzen der königlichen Familie wurden nach Rußland abgeführt. Der letzte Abkomme des georgischen Königseschlechts, Fürst Heraclius von Grusien, ist im Jahre 1882 gestorben.

Die russische Herrschaft ist dem georgischen Volk teuer zu stehen gekommen. Wie überall in neuverworbenen Gebieten, sah in Georgien eine rücksichtslose Russifizierung ein. Die Georgier suchten immer wieder ihren russischen Verfolgern Widerstand zu leisten, mußten aber stets den Kürzeren ziehen. In ihrem Haß gegen das grausame Zarenregime mußten sich die Georgier mit den russischen Revolutionären einig. Kein Wunder, daß die Georgier in der russischen Revolution, sowohl in ihrer Vorbereitung wie in der Ausführung, eine recht große Rolle gespielt haben und bis auf den heutigen Tag spielen. Schon in der zaristischen Duma waren die georgischen Abgeordneten die maßgebenden Vertreter der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre. Namen wie Tschcheidze, Zereteli, Tschenkeli waren noch vor der Revolution Symbole des organisierten Kampfes gegen den Zarismus. Nach

der Revolution wurde Tschcheidze zum ersten Vorsitzenden des Sowjets (Rates) der Arbeiter- und Soldatenvertreter gewählt und verblieb auf diesem Posten bis zum Oktober 1917, als die Bolschewiken die Mehrheit im Petersburger Sowjet errangen. Tschcheidze und Zereteli zogen sich nach ihrer Heimat zurück, wo sie eine selbständige demokratische Republik gründeten, eine georgische Republik, die im Jahre 1921 durch die Bolschewiken in eine Räterepublik umgewandelt wurde und deren Wiederherstellung die jetzt vor dem Berliner Gericht stehenden Tschernomonten-Fälcher auf dem „friedlichen“ Wege der Inflation erreichen wollten.

Nicht alle Georgier sind aber Feinde der Sowjets. Viele unter ihnen zählen zu den einflussreichsten Bolschewiken. So ist bekanntlich der mächtigste Mann Sowjetrußlands, Stalin, seiner Herkunft nach ein Georgier. Stalins richtiger Name ist Dschugasschwilli. Ein anderer Georgier, Ordschonikidze ist Volkskommissar des R. A. (Arbeiter- und Bauern-Inspektion), des höchsten Kontrollorgans Sowjetrußlands; gleichzeitig ist Ordschonikidze, was für noch wichtiger gelten muß, Vorsitzender der Zentralkontroll-Kommission der kommunistischen Partei Rußlands, derjenigen Kommission, von der das Wohl und Wehe jedes Parteimitglieds abhängt.

M. B.

Von Sibirien nach Ostpreußen.

Ansiedlung der aus dem Sowjetparadies geflüchteten Deutschen.

Im Oberpräsidium in Königsberg fand dieser Tage eine längere Unterredung zwischen dem Reichskommissar Stöcklein-Berlin und dem Oberpräsidenten Siehr sowie einer Reihe anderer Behördenvertreter über die Möglichkeit der Unterbringung deutscher Rückwanderer aus Rußland in Ostpreußen statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da hierfür die Zentralstellen zuständig sind.

Nachdem aus der kanadischen Hauptstadt eine Meldung eingetroffen ist, nach der die dortige Regierung offiziell dementiert, daß sie einer größeren Anzahl Meinungen die Erlaubnis zur Einreise nach Kanada erteilt habe, hat sich die Lage der Rußlandflüchtlinge nicht gerade gebessert. Das Problem ihrer Ansiedlung innerhalb Deutschlands gewinnt an Bedeutung.

Daß im Osten des Deutschen Reiches unter gewissen Voraussetzungen Siedlungsland vorhanden ist, geht aus einem Aufruf hervor, den kürzlich eine stattliche Zahl hervorragender landwirtschaftlicher Sachverständiger — wir nennen nur die Professoren Meebe, Brand und Sering — erließen. „Siedlungsfertiges Land“, so heißt es darin, „ist in Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Schlesien in den Händen der Siedlungsgesellschaften und des Staates ausreichend vorhanden.“

Es besteht also tatsächlich die Möglichkeit, wenn auch nicht alle Auswanderer, so doch einen großen Teil von ihnen im deutschen Osten anzusiedeln. Voraussetzung dafür ist natürlich das Vorhandensein der nötigen Mittel. Augenblicklich befinden sich rund 6500 Auswanderer auf deutschem Boden, die sich auf rund 2000 Familien verteilen, von denen eine Anzahl bereits Schiffstickets nach Südamerika hat. Immerhin wird man darauf rechnen müssen, ca. 4000 Rückwanderer in deutschen Siedlungen unterzubringen.

Da die meisten Rußlandbauern sich aus Landarbeitern zusammensetzen, so könnten sie zum großen Teil auf den Domänen des Staates untergebracht werden, während die übrigen für die Kolonisation in Betracht kämen. Bei der Genügsamkeit der deutschstämmigen Russen würden die für die Bauten notwendigen Geldmittel sicherlich niedrig sein. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der deutsch-russische Bauer sich dank seines Fleißes und seiner Anpassungsfähigkeit auch in seiner ursprünglichen Heimat bald zurechtfinden wird, so wie er es vor bald zwei Jahrhunderten verstanden hat, unter viel schwierigeren Verhältnissen in den russischen Steppen sein Heim und Glück zu finden. Die für die Ansiedlung der Rußlandflüchtlinge im deutschen Osten aufzuwendenden Beträge werden ganz bestimmt nicht unnütz angelegt werden.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Moral in Worten.

Jdzichowski an Ignacy Daszyński.

Auf den letzten offenen Brief des Sejm-Marschalls Daszyński an den ehemaligen Finanzminister Jdzichowski, in welchem sich der Sejm-Marschall hinter der Autorität des unlängst als Minister verabschiedeten, früheren Abgeordneten und Vizemarschalls des Sejm, Moraczewski, verbirgt, hat Jdzichowski wiederum eine Antwort erteilt, die mit Rücksicht auf den darin angeschlagenen Ton in politischen Kreisen viel besprochen wird. Jdzichowskis letzter offener Brief hat folgenden Wortlaut:

„Auf mein an Sie gerichtetes Ersuchen vom 2. d. M., den Widerspruch zwischen den von Ihnen am 1. Januar 1930 veröffentlichten Bemerkungen über die „Moral in der Politik“ und Ihrer Beteiligung an der Veröffentlichung des verleumderischen Beschlusses des Obersten Rats der P. S. vom 16. Mai 1926 über die „Diebe öffentlicher Gelder“ aufzuklären, haben Sie am 8. d. M. in Ihrer Antwort folgendes gesagt:

„Die Motive dieses Beschlusses erschienen in den nächsten Tagen in den Zeitungen, wo man sich eingehend mit verschiedenen Sachen beschäftigte, in denen Minister Jdzichowski benutzt zur finanziellen Schädigung des Staates beigezogen haben soll. Diese Artikel waren unterzeichnet, ihr Autor ist nicht immort. Ich muß daher Herrn Jdzichowski auf diese Artikel verweisen, um ihm die Möglichkeit zu geben, öffentlich festzustellen, ob die gegen ihn erhobenen Vorwürfe richtig oder nicht richtig waren.“

Was soll das heißen? Das heißt, daß Sie sich an der Verbreitung von Verleumdungen beteiligten, aber sich dann hinter dem Rücken eines anderen versteckten, und dann verlangen, daß man sich mit diesem auseinanderzusetzen soll. Dieser andere ist Herr Jędrzej Moraczewski, damals Vizemarschall des Sejm. Ich habe mich mit Herrn Moraczewski endgültig im Mai 1926 auseinandergesetzt und ihn öffentlich als Verleumder an den Pranger gestellt, da er nicht die Beweise erbringen konnte, auf die er sich in seiner verleumderischen Kampagne berufen hatte. Sie verbergen sich hinter der Autorität eines Mannes, von dem ein zweiter Beteiligter an jenem Beschluß der P. S. vom 16. Mai 1926, Herr Lieberman, unlängst wörtlich schrieb: „Ich zeichnete eine fast krankhafte Manie des Schellens aus, und die Feder, mit der er gegen verschiedene Personen seine Schmähungen schreibt, ist meistens in Schmutz getaucht.“

Ich hatte mich an Sie gewandt, mit Rücksicht auf Ihre Stellung und da der Sejm die Rechnungsabläufe sowie die Berichte der Obersten Kontrollkammer in den Händen hat. Ich hatte mich an Sie gewandt, in der Meinung, daß Sie der Wahrheit die Ehre geben würden, doch Sie stützen auch weiterhin Ihre Tätigkeit auf die Worte eines von vielen Zeugen und auch von der P. S. an den Pranger gestellten Verleumders. Die Maske ist heruntergerissen. In der aufrichtigen Meinung Polens haben Sie, solange solche Widersprüche bestehen, nicht das moralische Recht, über „Moral in der Politik“ zu predigen.

Warschau, am 9. Januar 1930.

(—) Jędrzej Jdzichowski.

Aleine Rundschau.

* Das Schlachtfeld von Waterloo als Handelsobjekt. Eine merkwürdige Abgabe, welche die belgische Regierung an die englische zahlen muß, soll jetzt durch Verhandlungen zwischen den Schatzämtern dieser beiden Länder aufgehoben werden. Als Wellington nach der Schlacht bei Waterloo im Jahre 1815 den Titel eines Fürsten von Waterloo erhielt, wurde ihm zugleich das Schlachtfeld, auf dem er diesen Sieg errungen hatte, zum Geschenk gemacht. Dieses Gebiet wurde aber später an Belgien wieder zurückgegeben, unter der Bedingung, daß es an die nachkommen Wellingtons eine jährliche Rente von 80 637 Franken zahlen müßte. Obwohl es nun schon seit langer Zeit keine nachkommen Wellingtons mehr gibt, ist doch diese Rente stets pünktlich von Belgien an das englische Schatzamt geleistet worden.

Student d. Warschauer Universität erteilt Polnisch, Nachhilfestunden, Vorbereitung von Examina. Kotlicki, Pomorska 65. 19

Offertiere prima Roggenbrot, Gemengeschrot, fandr. Roggenkleie, Weizenkleie und Gerstentkleie. Mlyn Parowy Fordon Tel. 25

Nie wieder so billig

Total-Ausverkauf wegen Liquidation

Mercedes
2 Mostowa 2

Holzauktion
auf Brennholz
am Montag, den 20. Januar 9 Uhr vorm.
in Gamsiecno.

Für Kühe u. Kälber
Leinsaat u. Leinsaat-Schrot
auch in kleinen Mengen liefert:
Landw. Großhandels-Gesellschaft
Brodnicza n. D.

WERBE-DRUCKSACHEN

IN ERSTKLASSIGER AUSFÜHRUNG
LIEFERT PREISWERT U. PROMPT

A. DITTMANN T. Z.
BYDGOSZCZ
Jagiellońska 16 Telefon 61

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft e. V.

I. Tagung in Posen
am 23. und 24. Januar 1930

Beratung von Wirtschaftsfragen, Vorträge hervorragender Wissenschaftler und Praktiker der Landwirtschaft.

Es werden u. a. sprechen:

Senator Dr. Busse-Tupadły
Professor Dr. Fingerling-Leipzig Möckern
Professor Dr. Klapp-Jena
Oberförster Graf von der Recke
Professor Dr. Sagawe-Kiel
Privatdozent Dr. Woermann-Danzig
Frl. Dr. Wolff-Berlin.

Näheres Programm im Landwirtschaftl. Zentralwochenblatt.

Zutritt haben Mitglieder u. deren Angehörige, Ausweis: Mitgliedskarte für 1929 od. 1930, für Angehörige d. Mitglieder Ausweiskarte, die bei der Gesellschaft kostenlos erhältlich ist.

II. Donnerstag, den 23. Januar
abends 8 Uhr im Saal des Zoologischen Gartens
Theateraufführung
unt. Mitwirkung d. Orchesters d. Vereins deutsch. Hochschüler
— Anschließend nach 10 1/2 Uhr Tanz. —

III. Mittwoch, d. 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr
wird den Mitgliedern Gelegenheit geboten, aus den Berichten der Abteilungen und Ausschüsse der WLG sich über das gesamte Arbeitsgebiet d. Gesellschaft eingehend zu unterrichten

Anmerkung: a) Den Teilnehmern wird bei der Rückreise 50 % Fahrpreis-ermäßigung bei über 30 km Bahnfahrt gewährt.
b) Eintrittskarten zu 3, 2, 1 zł bei den Geschäftsstellen der WLG.

Berein Deutsche Bühne Bydgoszcz T. Z.

Zu der am Montag, 20. Januar 1930 pünktlich abends 7 Uhr im Saale des Deutschen Hauses (Elysium) stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung
werden hiermit die Mitglieder ergebenst eingeladen.

Tagesordnung: Jahresbericht, Bericht über die Vereinstätigkeit, Entlastung des Vorstandes, Vorstandswahl, Verschiedenes.

Sollte die erste Versammlung nicht beschlußfähig sein, so findet eine viertel Stunde später eine zweite statt, die unter allen Umständen beschlußfähig ist.

Der Vorsitzende.

la Mollerei-Butter
920 Pfund 2,70 empfiehl Anastazja Kolasińska, Wodwałe 14 316

Getr. Steinpilze
Eitauer Ware, kg 20 zł, Vommereiler geschmitt., kg 15 zł, liefert 900 Jan Stomiński, Rytel.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. Z.
Donnerstag, 16. Jan. 30
Abends 8 Uhr:
Neuheit! Neuheit!

Berlenkomödie
Ein Spiel in 4 Akten von Bruno Frank. 961
Eintrittskarten in John's Buchhandlung Donnerstag von 11-1 Uhr und ab 7 Uhr an der Theaterkassse. Die Zeitung.

Ruri Anders
Ingenieurbüro, Tczow.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 13. Januar.

Wettervorausage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Anhalten des windigen und unbeständigen Wetters mit Niederschlagsneigung an.

Die neue Landessynode der unierten evangelischen Kirche in Polen.

Im Laufe des vergangenen Kalenderjahres haben die evangelischen Kreissynoden die verfassungsmäßigen Wahlen für die Landessynode vorgenommen. Gemäß den Bestimmungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung hat der Präses der letzten ordentlichen Landessynode, die im Jahre 1927 tagte, Generallandschaftsdirektor von Alitzing, die 4. ordentliche Landessynode für Dienstag, den 28. d. M., nach Posen zu einer Eröffnungssitzung zusammenberufen.

Diese ordentliche Landessynode ist nicht zu verwechseln mit der außerordentlichen Synode, die auf Grund einer Verordnung des Staatspräsidenten im vorigen Jahr nur zur Schaffung einer neuen Kirchenverfassung zusammengetreten ist. Diese außerordentliche Synode hat ihre Aufgabe noch nicht zu Ende führen können, da der Staat seine Wünsche für diese Kirchenverfassung wohl mündlich angemeldet, aber noch nicht schriftlich formuliert hat. Sobald diese Erklärungen des Staates vorliegen, wird die außerordentliche Synode in ihrem alten Bestande wieder zusammentreten und — will's Gott — endgültig über die Kirchenverfassung beschließen, nachdem die bisherigen, mehr als zehnjährigen Bemühungen darum nicht die Zustimmung des Staates gefunden haben.

Da die außerordentliche Synode nur über die Verfassung beschließen darf, so ist sie für die Erledigung der laufenden kirchlichen Angelegenheiten nicht zuständig. Dies ist vielmehr Aufgabe der jetzt zusammengetretenen 4. ordentlichen Landessynode, die, auf Grund eines anderen Wahlrechts und einer anderen Wahlordnung gewählt, andere und mehr Mitglieder zählt, als die außerordentliche Synode. Während in die außerordentliche Synode im allgemeinen von jeder Kreissynode aus ihrem Gebiet nur zwei Vertreter, ein geistlicher und ein weltlicher, und zwar unmittelbar von den kirchlichen Gemeindeförperschaften, gewählt wurden, wählen zur ordentlichen Landessynode die einzelnen Kreissynoden selbst, und zwar in der Regel drei Vertreter, einen geistlichen und einen weltlichen, und einen dritten kirchlich verdienten Mann, der Geistlicher oder Laie sein kann.

Die diesjährige ordentliche Landessynode wird, wie die früheren ordentlichen Synoden, die kirchlichen Rechnungen zu prüfen und die Kassensführung zu entlasten haben, ebenso wie über den Voranschlag für den Haushalt der Kirche und die damit verbundene Erhebung der Landessynodalbeiträge zu beschließen haben. Da die Kirche außer den freien Anstalten und Verbänden der Inneren Mission noch über eine Reihe kirchlicher Anstalten verfügt, die sie in eigener Verwaltung hat, nimmt die Synode Berichte über diese Anstalten entgegen, im besonderen die Konfirmandenanstalt in Wilkisch, die Bibelschule in Rogasen, das Diakonenheim in Zinsdorf, die Theologische Schule und das Predigerseminar in Posen, und hat über die grundsätzlichen Fragen dieser Anstalten zu beschließen. Unter den wichtigeren Angelegenheiten, die die Synode beschäftigen werden, nennen wir noch die mancherlei Fragen des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen, sowohl in den Schulen durch freiwillige kirchliche Hilfskräfte, die Vorbildung und Anstellung nichttheologischer Hilfskräfte, im besonderen auch der Pfarrgehilfen, die Neuordnung des theologischen Studiums. Über das eigene Kirchengelände hinaus führt ein Bericht über die Tätigkeit des Wilnaer Rates der evangelischen Kirchen in Polen und die ökumenischen Bewegungen des Weltprotestantismus.

Bläser-Quintett der Staatsoper Dresden.

Einen ganz seltenen Kunstgenuss bot am letzten Freitag die „Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“ mit dem Kammermusikabend des Bläserquintetts der Staatsoper Dresden. Hat doch unseres Wissens seit etwa 10 Jahren kein Bläserkonzert mehr hier stattgefunden. Leider war das Konzert nicht so ausverkauft, wie man es bei der Seltenheit und den großen Kosten dieser Veranstaltung erwartet und gewünscht hätte. Trotzdem konnten die Künstler einen vollen Erfolg für sich buchen. Von Anfang an stellte sich gleich der nötige Zusammenhang zwischen den Künstlern und dem Publikum her, voll Verständnis ging dann die Zuhörerschaft mit den Künstlern mit.

Daß die sonst so spröden Blasinstrumente stets klar und rein intonieren, daß die Künstler auch der größten technischen Schwierigkeiten mühelos Herr wurden, ist bei dem Range des Dresdener Bläserquintetts kaum nötig zu erwähnen. Was aber immer wieder die Zuhörer zur Bewunderung und zu Beifallsstürmen hinriß, war der edle Zusammenklang und die wunderbare Klangschönheit der Instrumente, sowie das bis auf die kleinste musikalische Feinheit hin abgestimmte und ausgefeilte Zusammenspiel der Künstler. Prachtvoll standen im Es-dur-Quintett von Beethoven die vier Bläser als geschlossene Gruppe dem Klavier gegenüber, klar und deutlich nahmen sie die vom Klavier eingeleiteten Themen in Variationen auf und brachten den ersten Charakter des Grave, den sonnig-beherrschten des Allegro, den feierlichen des herrlichen Andante, sowie das stürmische Schlussrondo treffend zum Ausdruck.

Die Sonate H-moll von Bach bot dem Klavierspieler reichliche Gelegenheit, den süßen, gefangenen Ton und die virtuose Beherrschung seines Instrumentes zu zeigen.

Im Quintett Op. 7 von Rurik Beythien, dessen Streichquartett im letzten Konzerte der Dresdener so starken Anklang hier gefunden hatte, überraschte die orchestrale Fülle der Klangwirkung und die Eigenartigkeit der musikalischen Gedanken. Zu einer vollen Würdigung des nicht gleich durchsichtigen Werkes genügt das einmalige Hören des Werkes, das hier seine Erläuterung fand, nicht.

Den stärksten Erfolg des Abends hatte das Sextett Op. 45 von Theodor Blumer. Ein äußerst liebenswürdiges Werk, gut aufgebaut, jeder Satz ein kleines Räubersstück für sich, klar verständlich, ohne irgendwie ins Triviale zu verfallen, bot es den Künstlern so recht Ge-

legenheit, all ihre Vorzüge zu entfalten. Wie in den beiden ersten Werken fügte sich auch hier die Klavierbegleitung gut in das Zusammenspiel ein und zeigte besonders an den Solostellen, wie z. B. der prächtigen Improvisation im Sextett, daß ein hervorragender Pianist mit vorzüglichem Anschlag und blendender Technik sie ausführte.

Nicht endenwollender Beifall zwang die Künstler zu einer Zugabe, sie wiederholten den charakteristischen slawischen Tanz aus dem Sextett von Blumer.

§ Schachschießen veranstaltet am 15. d. M. das 61. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ Die Zahl der Gymnasien in Polen beträgt 632. Davon sind staatliche Schulen 268, und zwar 185 Knabengymnasien, 36 Mädchengymnasien und 47 Gymnasien für Knaben und Mädchen. Privatschulen gibt es 364, und zwar 99 Knabengymnasien, 157 Mädchengymnasien und 108 Gymnasien für Knaben und Mädchen. Im Schulsjahr 1928/29 wurde die höchste Klasse der staatlichen Knabengymnasien von 7611 Schülern besucht. Zur Reifeprüfung zugelassen wurden 7004. Die Prüfung bestanden 6001 Schüler, davon waren Polen 4881, Ruthenen 363, Weißrussen 8, Russen 31, Deutsche 81, Juden 634 und Angehörige anderer Nationalitäten 3. In den privaten Schulen wurden von 3920 Schülern 3395 zur Prüfung zugelassen. Bestanden wurde die Prüfung von 2792 Schülern, und zwar 1895 Polen, 97 Deutschen, 23 Weißrussen, 43 Russen, 11 Litauern, 60 Ruthenen, 707 Juden und 3 Angehörigen anderer Nationalitäten. In den staatlichen Mädchengymnasien wurden von 2008 Schülerinnen 1845 zur Prüfung zugelassen. 1620 erhielten das Reifezeugnis. In den privaten Mädchengymnasien wurden von 4380 Schülerinnen 3955 zur Prüfung zugelassen. Von 3301 wurde die Prüfung bestanden.

§ Schweinemärkte werden, wie die Direktion des Schlachthauses mitteilt, an jedem Montag und Donnerstag von 8—11 Uhr auf dem Schlachthof stattfinden.

§ Der hiesige Geflügelzüchterverein hielt am 10. d. M. im Gasthause von Wichert eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß der hiesige Kaninchenzüchterverein vom 1.—3. Februar d. J. eine Kaninchen-, Tauben- und Geflügelschau veranstaltet und empfahl den Mitgliedern die Beteiligung an dieser Schau, zumal der Geflügelzüchterverein erst für den Herbst d. J. eine Geflügelschau plant. — Hierauf berichtete der Vorsitzende über die große Leipziger Ausstellung, die mit 14 000 Nummern wohl die größte bisherige Schau gewesen ist und gab eine Übersicht über die Rassen, die heute in der Rassezüchtung die größte Bedeutung haben. Hierauf hielt er einen Vortrag über die zweckmäßigste Fütterung des Geflügels, besonders unter Berücksichtigung der Bedeutung der verschiedenen Vitamine und empfahl eine möglichst abwechslungsreiche Fütterung sowohl der Legehennen wie auch des Junggeflügels. Zum Schluß führte Herr Schulz, Thornerstraße 158, einen sehr schönen Stamm Plymouth Rocks vor, der die verdiente Anerkennung fand.

§ Eine Familientragödie spielte sich gestern um 3 Uhr nachmittags in einer Wohnung des Hauses Königsstraße (Kosciuszki) 41 ab, in der sich der 70jährige August Ziemke aufhielt. Um die genannte Zeit erschienen bei ihm seine von ihm getrennt wohnende Frau Henriette, die im 71. Lebensjahre steht, sowie seine 39jährige Tochter Olga. Im Laufe der Unterhaltung muß es zwischen den drei Personen zu einem Wortwechsel gekommen sein, denn plötzlich zog die Tochter des alten Mannes einen Revolver und gab einen Schuß auf ihren Vater ab. Die Angel prallte jedoch ab und verletzte nur eine Ohrmuschel des Vaters. Der Verletzte wurde sofort in das Kreis-Krankenhaus geschafft. Die beiden Frauen wurden verhaftet, da die Mutter im Verdacht der Anstiftung oder Mittäterschaft steht. Man nimmt an, daß Familienzwistigkeiten der Grund zu der Tat gewesen sind.

§ Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am vergangenen Sonntag um 4 Uhr nachmittags auf der Bahnhofstraße. Als man dort einen Wagen des Fleischermeisters Bonin aus dem Hofe des Hauses Nr. 16 dieser Straße herausführte, stieß voll Heftigkeit die Deichsel gegen die Stirn des Gehilfen Alexander Duzalkowski. Er brach sofort bewußtlos zusammen und wurde in sehr bedenklichem Zustand in das Krankenhaus eingeliefert.

§ Ein Feuer brach in einem Keller des Hauses Kreuzstraße (Gacklegasse) 5 in Schwedenhöhe aus. Der Brand konnte noch vor dem Eintreffen der Wehr gelöscht werden. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

§ Ein taubstummer Bandit wurde festgenommen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Der Verhaftete hat mehrere Überfälle auf dem Gewissen. Da die Identität des Taubstummen bisher noch nicht ermittelt werden konnte, bittet die Kriminalpolizei, Regierungsgebäude, Wilhelmstraße (Jagiellońska) 21, Zimmer 72, um zweckdienliche Angaben über Namen, Herkunft usw. des Verbrechers. Er ist etwa 25 Jahre alt, groß, blond, bartlos, hat niedrige Stirn, graue Augen, breite Nase, große absteigende Ohren und eine verkrüppelte rechte Hand.

§ Vermist wird seit dem 3. Dezember d. J. der 37jährige Josef Smol aus Mogilno, der in die Irrenanstalt Dziekanowa eingeliefert werden sollte und wahrscheinlich aus Furcht davor aus dem elterlichen Hause geflohen ist. Er soll sich in Bromberg aufhalten.

§ Einbrecher drangen heute nacht in die Räume des Arbeiterkasinos in der Talstraße ein und durchsuchten die Büroräume der polnischen Sozialisten. Sie wurden jedoch vertrieben. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob etwas gestohlen wurde.

§ Wer ist die Besitzerin? Im 5. Polizeikommissariat, Steinstraße (Zamoyńska), befindet sich eine Damenhandtasche mit Inhalt, die in einer Autodroische zurückgelassen wurde und die von der rechtmäßigen Eigentümerin abgeholt werden kann.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen wegen Trunkenheit und je eine Person wegen Wechselfälschung und Hehlerei, sowie eine gesuchte Person.

Bereine, Veranstaltungen etc.

D. G. f. A. u. B. Sonntag, den 18. 1., abends 8 Uhr, in der Deutschen Bühne wird Max Geisenhauer, der bekannte Feuilletonist und Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ und der Zeitschrift „Das literarische Blatt“, über seine Teilnahme an der Weltfahrt des Graf Zeppelin durch Wort und Bild berichten. Geisenhauer ist einer der wenigen Journalisten, die überhaupt die Fahrt mitgemacht haben. Mit einfachen und zum Teil humorvollen Worten berichtet er, die Zuhörer zu packen und zu fesseln. Zahlreiche Originalaufnahmen veranschaulichen die tiefen Eindrücke des Vortrags. (Vorverkauf nur Buchhandl. E. Hecht Nachf., Gdansk 19.)

* Mogilno, 13. Januar. Einen herben Verlust erlitt die Familie des hiesigen Buchdruckerbesizers Kaufscher, und zwar erkrankte am letzten Sonntag dessen 12jähriger Sohn Günther beim Schlittensfahren auf dem in der Nähe des katholischen Friedhofs gelegenen See.

* Strelno (Strzelno), 13. Januar. Der letzte Kram-, Vieh- und Pferdemarkt brachte nur geringen Auftrieb von Vieh und Pferden, dagegen war der Krammarkt sehr belebt. — In Chelmce drangen Diebe in das Kolonialwarengeschäft Kaszowski und stahlen Waren im Werte von über 2000 Bloty. Die Polizei ist den Dieben bereits auf der Spur.

* Jaroschin (Jarocin), 12. Januar. Feuer richtete auf dem Gehöft der Frau Alara Tening in Ratenaus einen Schaden von 60 000 Bloty an.

* Kilehne (Wieleń), 12. Januar. Durch einen überheizten Kachelofen in der Wohnung des Alons Wilke entstand Feuer, das einen Schaden von 3000 Bl. verursachte.

* Posen (Poznań), 13. Januar. Als Täter, die den Bahnbeamten Alexander Müller in der Caprivistraße so mißhandelt haben, daß er starb, sind ermittelt und verhaftet worden: der 23 Jahre alte Josef Henke aus Zegrze. — Einen Selbstmordversuch mit Leuchtgas unternahm der 22jährige Invalide Wladyslaw Goracki, ul. Gen. Pradzyńskiego 29 (fr. Gneisenaustraße). Er wurde gerettet. — Zwei Herren führten in einer Autodroische. Beim Aussteigen vergaßen sie die Wagentür zu schließen, so daß bei der Weiterfahrt der Beamte Hipolit Gil von der Tür am Kopfe so erheblich verletzt wurde, daß er in das Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte.

n. Ostrowo (Ostrow), 12. Januar. Vor Gericht hatte sich der Kanzleibeamte der hiesigen Staatsanwaltschaft Ludwig Jesiorzyk zu verantworten, welchem zur Last gelegt wurde, Unterschlagungen in drei Fällen, Dokumentenfälschung in zwei Fällen und Veruntreuung und Hinterziehung von Akten in mehreren Fällen ausgeführt zu haben. Mitangeklagt war der Arbeiter Wawrzyniak aus Neu-Begry, Kreis Adelnau, wegen Beihilfe und Bestechung. Als Kanzlist der Staatsanwaltschaft eignete sich eigenmächtig einen Revolver, eine Taschenuhr und ein Fernglas an, fälschte in zwei Fällen die Unterschrift des Staatsanwalts und ließ teilweise wichtige Aktenstücke verschwinden, die er einfach in den Ofen steckte. Die Angelegenheit kam ans Tageslicht, als er den Bahnarbeiter Wawrzyniak der bereits wegen Diebstahls vorbestraft war, aus dem Strafregister zu streichen versuchte, um somit eine bessere Karriere an der Eisenbahn zu verschaffen. Bei der in der Wohnung des J. vorgenommenen Hausdurchscheidung man verschiedene Schuldbelege, die die sofortige Verhaftung nach sich zogen. Das Gericht billigte J. unter Anrechnung der bisherigen guten Führung mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu 13 Monaten schweren Kerkers und 150 Bloty Geldstrafe. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Der Mitangeklagte Wawrzyniak mußte wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden.

* Dufschik, 12. Januar. Skelettfund. Beim Bedecken von Karstoffmieten in Sendain wurde beim Gehöft des Landwirts Stefan Szymczak ein Skelett einer etwa 16jährigen Person gefunden. Man nimmt an, daß das Skelett schon etwa 30 Jahre dort gelegen hat.

Freie Stadt Danzig.

* Selbstmord im Fieberwahn. Am Sonnabend morgen bemerkte man im Hause der „Bratnia Pomoc“, der polnischen Studentenvereinigung an der Danziger Technischen Hochschule, daß der 27 Jahre alte Student Stanislaus Dłuski in der Nacht verschwunden sei. Er lag seit einiger Zeit fieberkrank zu Bett und mußte im Delirium das Haus verlassen haben. Sofort eingeleitete Untersuchungen hatten zum Ergebnis, daß man die Kleider Dłuskis am Glettkauer Strande fand. Das geheimnisvolle Verschwinden des Studenten wurde durch einen Zufall überraschend schnell geklärt. Am Sonnabend, gegen Mittag, bemerkte der Fischer Max Reier aus Brölen, Jungstraße 1, als er vom Fischfang heimkam, 400 Meter westlich der Ortschaft Brölen, 50 Meter vom Strande entfernt, eine Leiche auf dem Grunde der See. Mit Hilfe der Besatzung des polnischen Kanonenbootes „Gazka“ wurde die Leiche geborgen. Diese wurde einwandfrei als die Dłuskis erkannt. Der Leichnam wurde in das Leichenschauhaus auf dem Hagelsberg übergeführt.

* Im Gericht überfallen. Eine aufregende Szene spielte sich am Sonnabend vormittag im Gerichtsgebäude auf Neugarten ab. Als eine Frau eine Toilette im ersten Stockwerk aufsuchte, wurde sie dort von einem Manne angefallen. Der Mann soll die Frau auch mit dem Messer bedroht haben. Es gelang der Frau, in den Abort zu fliehen und sich dort einzuriegeln. Auf ihre Hilfschreie eilten Beamte des Gerichts herbei. In der Aufregung jedoch gelang es dem Täter, zu entfliehen.

* Ein Institut durch Feuer vernichtet. In der Nacht zum Sonnabend brannte in Kunzendorf, in der Danziger Niederung, ein von fünf Familien bewohntes Institut vollständig nieder. Der Brand wurde erst sehr spät bemerkt, da in der Wohnung, in der das Feuer ausbrach, zu der Zeit niemand anwesend war. Man konnte den frohgedeckten Fachwerkbau nicht mehr retten, trotzdem die Gensdarmen von Kunzendorf, Altwischel, Bieleselbe und Senjau sehr schnell zur Stelle waren. Nur mit Mühe gelang es, einiges von der Habe der Einwohner zu bergen. Durch den Brand sind die fünf Familien obdachlos geworden.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 13. Januar.

Krausau — 2,64, Zawisch — 1,16, Warschau — 1,18, Błoc — 0,73, Thorn — 0,73, Kordon — 3,64, Culm — 1,24, Graudenz — 1,05, Rurabrat — 1,11, Biele — 0,32, Dirschau — 0,01, Einlage — 2,00, Schiwenhorst — 2,28.

Chef-Redakteur: Gottlob Stark; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seyle; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prangodatz; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 10.

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 2.

